

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 8,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 250 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg., Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 303.

Mittwoch, den 28. Dezember 1921.

28. Jahrgang.

Deutsche Sachleistungen für England.

Paris, 28. Dezember.

Die Blätter wissen von einem angeblichen Zahlungsplan Lloyd Georges zu berichten, nachdem u. a. England auf seinen Anteil an den deutschen Reparationszahlungen verzichtet wolle. Man glaubt, Lloyd George werde, wenn er auf die deutschen Geldleistungen verzichte, statt dessen Sachleistungen im gleichen Werte fordern. Befürchtungen hiesiger maßgebender Kreise gehen jedoch dahin, daß England nicht beabsichtige, diese deutschen Sachleistungen für seinen Innenbedarf zu verwenden, sondern für seine handelsmäßigen wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland.

Lloyd George in Cannes eingetroffen.

Paris, 28. Dezember.

Lloyd Georges ist gestern morgen um 10 Uhr in Cannes eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich Churchill.

Ein italienischer Vorschlag für Cannes.

Rom, 28. Dezember.

Ministerpräsident Bonomi gedenkt nach Blättermeldungen in der Konferenz von Cannes eine persönliche Tätigkeit auszuüben. Zu diesem Zweck arbeitet er mit dem Schatzminister de Rada, dem Arbeits- und dem Handelsminister einen Vorschlag zur Regelung der Kriegsschulden aus. Auch das Handelsabkommen mit Rußland werde hierbei zur Sprache kommen.

Der römische Korrespondent der „Stampa“ erzählt aus zuverlässigen Kreisen, die Ansicht der italienischen Regierung in der Wiederherstellungsfrage näherte sich mehr dem englischen wie dem französischen Standpunkt.

500 Millionen Goldmark?

Der Soz. Parlamentsdienst schreibt:

Unter den vielen Mitteilungen, die anlässlich der Londoner Konferenz zwischen Lloyd George und Briand von der Auslandspresse verbreitet wurden, scheint keine den tatsächlichen Ergebnissen der Konferenz so nahe zu kommen, wie die Meldung des Londoner Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“. Wir haben allen Anlaß anzunehmen, daß die Angaben des genannten Korrespondenten — von Einzelheiten abgesehen — im wesentlichen zutreffen und daß tatsächlich vereinbart wurde, für das Jahr 1922 von Deutschland neben Sachleistungen eine Barzahlung von 500 Millionen Goldmark zu verlangen. Inwiefern die Mitteilungen zutreffen, daß die 2prozente Ausfuhrabgabe bestehen bleiben soll, muß vorläufig abgewartet werden. Immerhin aber können wir, wie gesagt aus guten Gründen, die mutmaßlichen Vereinbarungen zwischen Lloyd Georges und Briand, vorausgesetzt, daß sie endgültige Annahme finden, als eine zufriedenstellende Entlastung Deutschlands bezeichnen, die naturgemäß starke Rückwirkungen auf den deutschen Welt- und Wirtschaftsmarkt nach sich ziehen wird. Bestimmt ist zu erwarten, daß mit Annahme des bisher noch nicht endgültigen Reultats der Londoner Konferenz eine neue Preiswelle, die Gehaltsforderungen nach sich ziehen wird, in Deutschland eintreten. Trotzdem man von der Regierung nicht verlangen kann, daß sie auf Grund von offizieller Seite noch nicht bestätigten Pressmeldungen für die Zukunft vorbaut, scheint es uns jedoch im Interesse Deutschlands zu liegen, wenn sich das Kabinett schon heute auf eine Entscheidung der Konferenz von Cannes in dem Sinne, wie sie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in London zum Ausdruck bringt, einstellt. Erlebt die deutsche Erfüllungspolitik den Erfolg einer nicht kurzfristigen Entlastung des Staatsbankrotts, dann wird es erste Aufgabe der Regierung sein müssen, das nachzuholen, was sie bisher veräumt. Vor allen Dingen das bisherige Steuerprogramm zu revidieren. Mit indirekten Steuern werden wir der von uns verlangten Sanierung der Reichsfinanzen nicht entsprechen, viel weniger unseren Verpflichtungen nachkommen können. Notwendig sind nun einmal weitgehende Eingriffe in den Besitz, worüber sich die Regierung bald klar werden sollte. Hat das Kabinett Lust, nochmals den Eindruck über sich ergehen zu lassen, den die Entlastung des Besitzes in dem neuen Einkommensteuergesetz bei den Regierungen der Ententestaaten machte?

Vorerst haben wir allen Grund in der Gewissheit zu leben, daß die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth nicht zur Ausichtslosigkeit, wie es rechts geschichtete „nationale“ Kreise wünschen, verurteilt ist. Hoffen wir, daß diese Aussicht auf Erfolg den Blick der Regierung für die Handlung die erste Aufgabe ist, nicht trübt.

Die Berechnung der deutschen Kohlenlieferungen.

Berlin, 27. Dezember.

Die auf Grund des Friedensvertrages und des Abkommens von Spa zu liefernde Reparationskohle wird Deutschland bekanntlich zum Inlandsmarktpreis auf Reparationskonto gutgeschrieben. Da diese Umrechnung zum jeweiligen Tageskurs erfolgt, hat Deutschland durch die im Laufe des Jahres eingetretene Marktentwertung außerordentlich große Verluste erlitten. So war z. B. im Mai 1921 der Wert der Papiermark etwa ein Fünftel der Goldmark, im Oktober war ein Sechsdreißigstel.

an einigen Tagen im November ein Siebenzigstel und weniger. Dementsprechend wurde je Tonne gutgeschrieben im Mai 24 Mk. Gold, im Oktober 11,1 Mk. Gold, im November werden es etwa 6 Mk. Gold sein. Deutschland verliert also im November, verglichen mit Mai, auf die Tonne rund 18 Mk.

Die Kohlenlieferungen in den Monaten Juni bis Oktober betrugen in Summa 7 600 906 Tonnen. Für diese wurden gutgeschrieben 131 427 200 Goldmark.

Wäre in den genannten Monaten der gleiche Preis gutgeschrieben wie im Mai, also 24,1 Goldmark je Tonne, so hätte die Gutsschrift 184 181 890 Goldmark betragen, also 51 754 490 Goldmark mehr als es tatsächlich der Fall war.

Im Monat November werden Deutschland für eine vorausgerichtete Lieferung von 1,5 Millionen Tonnen nur etwa 6 Mark je Tonne gutgeschrieben werden, gleich 9 Millionen Goldmark, jedoch Deutschland im November 27 Millionen Goldmark weniger gutgeschrieben bekommen wird, als es bei gleicher Lieferung im Mai gewesen wäre. Rechnet man diese 20 Millionen Goldmark zu den oben errechneten 51 754 490 hinzu, so ergibt sich, daß Deutschland lediglich infolge der seit Mai eingetretenen Marktentwertung für die Lieferung der Monate Juni bis November 78,7 Millionen Mark Gold weniger auf Reparationskonto angerechnet werden.

Die amerikanisch-englische Kombination in der U-Bootfrage.

New York, 27. Dezember.

Die „New York Times“ melden aus Washington: Es verlautet aus guter Quelle, daß die amerikanische Delegation hinsichtlich der U-Boot-Tonnage auf einer Höchstziffer von 60 000 Tonnen für die Vereinigten Staaten und England, von 36 000 Tonnen für Japan und von 35 000 Tonnen für Frankreich und Italien beharre.

Die U-Boot-Frage.

Keine Einigung in Washington.

W.F.S. London, 27. Dezember.

Eine Neutermeldung aus Washington besagt, es sei möglich, daß eine weitere Konferenz über die Verwendung der U-Boote abgehalten würde. Wenn jetzt die Bemühungen wegen der Einschränkung der U-Boote ausgehen seien, sei dies gesehen, weil sonst die Hoffnung auf die Einschränkung der Kreuzer und andern großen Schiffe gescheitert wäre. Es werde berichtet, daß die Bemühungen zur Regelung der Frage über die Größe der Unterseebootstammotte ebenfalls abgeblieben (?) seien.

Vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten gab Briand gestern Erklärungen über die auf der Washingtoner Konferenz nicht zur Erörterung gelangten Probleme ab. Briand legte die Bedeutung des Viermächteabkommens im Pazifischen Ozean dar, sowie die Stellung Frankreichs zur Frage der Abrüstung zur See, namentlich seine Forderungen bezüglich der U-Boote und kleinen Kreuzer. Auf Wunsch des Vorsitzenden des Kammerausschusses erklärte Briand, er werde demnächst die vom Ausschuß verlangten Schriftsätze über die Orientangelegenheiten unterbreiten.

Die Lohnbewegung der Eisenbahner.

Zeitweise und ultimativ einzelner Bezirke.

S.W.D. Düsseldorf, 27. Dez. (Drahtbericht.)

Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird uns mitgeteilt: „Am Anhang an die am Donnerstag, 22. Dezember, gegebene Entschließung“ der Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes fand am Dienstag eine beschlußfassende Sitzung der Funktionäre der Direktionsbezirke Elberfeld-Essen statt. Nach reiflicher Prüfung der Situation, sowie der durch das ablehnende Verhalten der Behörden gescheiterten Lage wurde zunächst die sofortige Auszahlung einer Vorzahlungssumme von 1000 Mark für Verheiratete und 750 Mark für Ledige und weibliche Bedienstete gefordert. Diese Summe soll noch vor Neujahr ausgezahlt werden, damit der augenblicklichen Not der Eisenbahner Genüge getan wird. Folgende Entschließung wurde angenommen: Für das Personal ist ohne Rücksicht auf die notwendig vorzunehmende Einkommensverbesserung des gesamten Personals eine Vorzahlungssumme für verheiratete männliche Bedienstete von 1000 Mark, für Ledige und weibliche Bedienstete eine solche von 750 Mark zu zahlen. Die unterzeichnete Organisation erwartet bis spätestens Mittwoch, 28. Dezember, 2 Uhr, die Bewilligung ihrer Forderungen. Deutscher Eisenbahnerverband.“

Die Ablehnung der Forderungen, so schreibt unser Korrespondent noch ergänzend, würde zweifellos für die genannten drei Direktionsbezirke den Streik ergeben.

Wie wir weiter erfahren, sind auf einzelnen Bahnhöfen des Direktionsbezirkes Elberfeld, Vohwinkel und Sarmen-Richards-Lausen die Eisenbahnarbeiter bereits in den Ausstand getreten. Die Beamten verhielten sich bisher noch passiv.

Rebellion in der RPD.

Die „Rote Fahne“ bringt am Sonnabend abend endlich ein wenig mehr ans Tageslicht von dem, was in der Partei vorgeht. Umrahmt von langen Vor- und Nachreden erscheint in der Veröffentlichung eine Erklärung der Opposition. Sie trägt 128 Unterschriften, wovon 66 auf Groß-Berlin, 23 auf den Bezirk Rheinlands-Westfalen und 9 auf den Bezirk Königsberg entfallen. Fast alle Unterzeichner — und das gibt der Adresse ihre Bedeutung — sind Funktionäre höheren Grades, Betriebskomitee, Stadtverordnete, Bezirksleiter, Gewerkschaftsangehörige usw. In bekannteren Namen heben wir hervor: Otto Brag, M. d. R., Paul Franken, M. d. R., Mitglied des Zentralausschusses, Richard Müller, Heinrich Malzahn, Hans Plettner, M. d. R., Fritz Geyer, M. d. R., Paul Trost usw. usw.

Der Inhalt der von den 128 unterzeichneten Erklärung ist für die kommunistische Zentrale im höchsten Grade diametral. Dieser wird vorgeworfen, daß sie nach der Veröffentlichung der Zetkin-Dokumente im „Vorwärts“ „auch die unbestreitbaren Tatsachen, die in den Veröffentlichungen enthalten sind, abzuleugnen versucht“ hat. Zu diesem Zweck seien Lemé und Bowitzki als Lügner, ja sogar als Späher verdächtigt worden, Cherlein habe die falsche Meldung von der Entlassung Ferrys aus dem Zuchthaus aufgebracht, die sofort widerlegt werden konnte. Die Erklärung folgert daraus:

„Es liegt im Charakter dieser Taktik, daß die Zentrale durch ihre Beschlüsse und Erklärungen veranlaßt und inselbedessen auch von der Parteipresse befolgt worden ist, daß eine Lüge die nächste, eine Verleumdung die nächste zur Folge hat und daß die Zentrale und die von ihr inspirierte Parteipresse die Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Behauptungen immer mehr erschüttert.“

Völlig unhaltbar, so führt die Erklärung weiter aus, werde die Lage der Zentrale im Prozeß Eberlein sein:

„Die von der Zentrale der Partei gegenüber eingeschlagene Versuchungstaktik muß zwangsmäßig dazu führen, daß die Verantwortlichen sich von der Anklage der Anstiftung reinzuwaschen versuchen und damit die in den Zustimmern stehenden oder inzwischen schon befreiten Arbeiter belasten. Unsere Gegner werden dann die Situation ausnützen und sagen: Die kommunistischen Führer haben nicht nur (wie Brandier im Sommer) ihre Grundzüge verleugnet, sondern sie scheuen nicht einmal davor zurück, die in Kämpfe hineingetriebenen Arbeiter zu belasten, um sich selber zu entlasten!“

Allerdings! Aber das ist nicht erst die künftige, sondern schon die jetzige und vergangene Taktik der Eberlein und Genossen. Die Erklärung führt dann folgendes weitere Argument an:

„Das Leugnen des wahren Tatbestandes liefert die Partei und ihre Zukunft jedem der Hunderte Wütenden aus, die als Zeugen vernommen werden können. Es ist zwar anzunehmen, daß den meisten von ihnen der proletarische Anstand gebietet, Klagen gegen nicht zu belasten. Es ist aber auch mehr als wahrscheinlich, daß sich einer oder der andere unter den Zeugen befindet, der sich nicht zu Unrecht jagt, daß kein Anlaß vorliegt, die Gefahr einer Meinungsstimmung zugunsten von Deuten auf sich zu nehmen, die sich nicht scheuen, ihn zu belasten, um sich selbst zu retten.“

Nach dieser vernichtenden Feststellung gehört eine unwahrscheinliche Portion Dreistigkeit dazu, noch weiter zu behaupten, daß der Inhalt der Zetkin-Dokumente aus „Phantasien und Ausschneidereien“ bestehe. Aber die Situation der Eberlein und Genossen ist eben die von Deuten, denen der Boden unter den Füßen wankt. Sie haben nur die Wahl, entweder in der Verleumdung zu verschwinden oder das letzte Rettungsseil des überführten Angeklagten zu ergreifen: hartnäckiges, stumpfsinniges Leugnen.

Die Erklärung der 128 gipfelt in zwei Forderungen: Rücktritt aller Verantwortlichen für die Märzaktion und Einziehung eines aus den Reihen der Unterzeichner zusammengesetzten Untersuchungsausschusses. Beides lehnt die Zentrale ab. Den Rücktritt der Verantwortlichen, weil es sich nicht um „Verbrechen“, sondern um „politische Fehler“ handelte, die der „revolutionären Ungeduld“ entsprangen. Politische Fehler gelten bei einem Führer der RPD, offenbar als Befähigungsnachweis; je mehr er begeht, desto notwendiger ist sein Verbleiben an leitender Stelle. Der Untersuchungsausschuß aber wird abgelehnt, weil man den Unterzeichnern der Protesterklärung „nicht mehr Glaubwürdigkeit zubilligen könne als der Zentrale“. Auf Deutsch: Die Ausreden der angeklagten Zentrale dürfen auf ihre Stabilität nicht untersucht werden. Diktatur der Zentrale! Wie schrieb doch Rosa Luxemburg schon 1917 in ihrer jüngst aus Licht gezogenen Broschüre?

„Ohne freien Meinungskampf ertrinkt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bureaux

Stärke allein das tätige Element bleibt. Die dem Gesetz entzogen sind niemand... Eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgerufen, um den Rednern Beifall zu klatschen, vorgelegte Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Claquewirtschaft — eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker.

Schließlich folgt noch die Mitteilung, daß der Zentralausschuß Mitte Januar zusammentreten werde.

Wilhelm und Hindenburg.

Ein lehrreicher Widerspruch.

SPD. Berlin, 27. Dezember.

Die Veröffentlichung des Briefwechsels Wilhelm-Hindenburg hat eine umfangreiche Presseörterung über die Flucht des Kaisers am 9. November 1918 ausgelöst. Wilhelm behauptet in seinem Schreiben an Hindenburg darüber bekanntlich folgendes:

„Wie Sie wissen, habe ich mich zu dem schweren, furchtbaren Entschluß, außer Landes zu gehen, nur auf Ihre und meiner übrigen berufenen Ratgeber dringende Vorstellungen durchgerungen...“

Mit diesem Satz versucht Wilhelm die Autorität Hindenburgs schützend vor dem Makel seiner Ausreiserei zu stellen. Die nationalistische Presse hat das natrgemäß sofort aufgegriffen. Die „Deutsche Tageszeitung“ prägte z. B. den vulnianten Satz: wer jetzt noch wage, dem Kaiser feige Flucht vorzuwerfen, der streiche sich selbst aus der Riste der anständigen Menschen. Nun erinnert die „Voss. Zeitung“ daran, daß Hindenburg selber vor Jahr und Tag eine ganz andere Darstellung der Dinge gegeben hat. Im Sommer 1919 erschienen die Schilderungen der Hofgeneräle v. Pflessen und v. Schulenburg über die Vorgänge im Großen Hauptquartier. Dazu veröffentlichte im Juli 1919 die deutsch-nationale Presse eine Erklärung Hindenburgs, in der es heißt:

„Der Generalfeldmarschall verließ den Kaiser um 5 Uhr nicht mit dem Gedanken der Trennung, sondern in der festen Überzeugung, seinen kaiserlichen Herrn am nächsten Tage wieder zu sehen, und seine endgültigen Befehle entgegen zu nehmen. Gegen 7½ Uhr kam der Generaloberst v. Pflessen zum Generalfeldmarschall in dessen Geschäftsgebäude und teilte ihm mit, daß Seine Majestät sich inzwischen entschlossen habe, dem Vortag am Nachmittag entsprechend, nunmehr nach Holland abzureisen.“

Die Erklärung sagt weiter, der Generalfeldmarschall habe von dem am 10. November erfolgten Abreise „erträglich“ erfahren, nachdem sie ausgeführt war.“

Also: Wilhelms Brief stellt Hindenburg als den geistigen Urheber der Flucht nach Holland dar, in Hindenburgs Darstellung vom Juni 1919 aber erscheint der Feldmarschall als der durch die Abreise Wilhelms vollkommen Überwältigte. Ein vollkommener Widerspruch der für Weise wie für Toren gleich unerklärlich bliebe, wenn nicht folgende Erwägung die Brücke zum Verständnis lieferte: Durch die Veröffentlichungen im Juli 1919 sollte der Kaiser dargestellt werden als der durch May von Baden Betratene, während heute bewiesen werden soll, daß die Gründe, die den Kaiser zur Abreise veranlaßten, unwiderstehlich zwingende gewesen seien. So nach dem Zweck wird nun die Darstellung eingerichtet: wenn der Kaiser verraten gewesen sein soll, darf Hindenburg natürlich von seiner Abreise nichts gewußt haben. Soll aber der Kaiser unter dem Zwang der Notwendigkeit gehandelt haben, so muß dieses Handeln umgekehrt durch die Autorität Hindenburgs gedeckt sein. — Man hat hier ein anschauliches Bild, wie deutsch-nationale Geschichtsdarstellung zustande kommt, und wie sie vom Standpunkt objektiver Geschichtsforschung aus zu werten ist.

Der einzige Republikaner Geßler.

In der „Vossischen Zeitung“ schreibt der Generalmajor Freiherr von Schönau in einem Artikel über Personalpolitik folgende Sätze:

Alle diese Personalfragen sind in der demokratischen Republik gegen früher erschwert durch die parteipolitischen Gegensätze innerhalb der Funktionsare des Staates. Nur im Offizierskorps der Reichswehr sind solche Gegensätze nicht vorhanden. Die erzwungene Herabsetzung der Heeresstärke hat die Abschließung aller derjenigen ermöglicht, die liberaler Gesinnung verdächtig waren. Diese Einheit der politischen Gesinnung kann auch nicht gestört werden, weil man Gewerkschaftssekretäre wohl zu Ministern, nicht aber zu Batteriechefs oder Brigadekommandeuren machen kann. Der junge Nachwuchs aber wird im Sinne der alten konservativen Offiziere erzogen. Die Tatsache, daß außer dem jeweiligen Minister kein Mensch in der ganzen Wehrmacht wirklich innerlich auf republikanischen Boden steht, ist unbedenklich, solange der gesunde Sinn und die zweifelsfreie Vaterlandsliebe der maßgebenden Männer der Reichswehr sie von eiddrückigen Handlungen gegen die heute tatsächlich bestehende Staatsform abhält.

Wie der Fall Lüttich zeigt, ist aber auf diese Voraussetzung kein absoluter Verlaß. Jedenfalls können wir uns feststellen: Freiherr v. Schönau war demokratischer Spitzenkandidat bei den letzten Reichstagswahlen, die „Vossische Zeitung“ gilt als Organ der demokratischen Partei, und zwar ihres rechten Flügels. Beide beschwören Herrn Geßler, daß unter ihm die Reichswehr ein absolut monarchistisches Instrument geworden ist, in der er als Republikaner völlig isoliert dasteht. Hier ist auf diese Entwicklung oft hingewiesen worden, leider vergeblich.

Der Selbstpatriotismus.

Vor einigen Wochen, als die Welt den bisher tiefsten Stand erreicht hatte, begann im ganzen besetzten Gebiet bis weit ins unbesetzte Gebiet hinein ein wahrer Kaufzug nach Waren, ausgehend von Belgien, Hollandern, Franzosen und Luxemburgern. In Scharen kamen die valmatischen Kaufleute über die deutschen Grenzen und kauften was nur eben anzutreiben war. Geld waren ganze Lager geräumt und die Proletarier, die nicht in der Lage waren, zur gleichen Zeit sich mit den notwendigen Waren und Artikeln für Weihnachtsgeschenke einzudecken, sahen hier mit Ingrimm, daß manche Gegenstände in den Geschäften vollständig ausverkauft sind. Zwar haben die Kaisergerichte ab und zu einige der Auslandsjungen gefaßt und mit sehr ober-

weniger empfindlichen Haft- bzw. Geldstrafen belegt, das hat aber nicht gehindert, daß die meisten schwer beladen die deutschen Grenzen überschreiten konnten.

Empört ist, daß es selbst deutsche Geschäftsleute gibt, die zu den Handlarzern nach Deutschland förmlich anziehen. In einer der letzten Nummern der Brüsseler Zeitung „La dernière heure“ finden wir ein Inserat, das mit folgenden Worten beginnt:

„Eine Reise nach Köln am Rhein ist einträglich. Der Verkauf an Ausländer ist genehmigt. Die Pelzwaren werden als Luxusartikel betrachtet, deshalb werden die Pelzeinkäufer — unter voller Garantie — nicht im geringsten von den deutschen Behörden angefochten.“

Dann folgt ein Angebot verschiedener Pelzarten, wobei auf „erste Referenzen von belgischen Kaufleuten und Offizieren“ hingewiesen wird.

Die Kölner Firma, die sich nicht schämt, auf diese Weise zum Ausverkauf Deutschlands beizutragen, ist die Firma Schmachtenberg, Köln a. Rh., Eisenstraße 30. Es ist ganz klar, daß sich die Ausländer, wenn sie ins besetzte Gebiet kommen, mit dem Einkauf von Pelzwaren nicht begnügen, sondern die gute Gelegenheit ausnützen und versuchen, andere Waren einzuhandeln. Dazu verlockt schon die Anpreisung in der Anzeige, daß eine Reise nach Köln einträglich ist. Es ist ein Skandal, daß sich deutsche Kaufleute aus purer Gewinnlust verleben lassen, in der geschädigten Art und Weise die deutsche Volkswirtschaft und das gesamte deutsche Volk zu schädigen.

Neuer Hungerstreik.

SPD. Berlin, 27. Dezember.

Uns wird ein Aufruf der politischen Strafgefangenen im Zuchthaus Lichtenberg übermittelt, indem diese von neuem den Hungerstreik ankündigen, und zwar soll dieser am 22. Januar 1922 beginnen. Die Gefangenen erklären, daß sie am 10. Tage nach Beginn des Hungerstreiks auch die Aufnahme von Wasser verweigern wollen.

Die Veröffentlichung des Aufrufs müssen wir ablehnen, da dieser nur geeignet ist, der Sache der Gefangenen selbst auf das schwerste zu schaden und unreihe Elemente der Arbeiterschaft zu Handlungen zu verleiten, die sie in ähnliches Unglück stürzen würden, wie die Gefangenen selber. Wir sprechen hier nochmals mit aller Offenheit aus, daß der Hungerstreik ein durchaus ungeeignetes und zweckloses Mittel ist, um die Freilassung sämtlicher Gefangenen zu erzwingen. Der Reichsjustizminister Genosse Rabdruch hat eine periodische Nachprüfung der Urteile angeordnet, die Ausführung dieses Versprechens wird durch Hungerstreiks in keiner Weise gefördert. Da bis zum angekündigten Termin des Hungerstreiks noch eine Frist von fast 4 Wochen liegt, so hoffen wir, daß auch die Kommunisten, die ja schon beim ersten Lichtenberger Hungerstreik im Reichstag und Landtag erklärt haben, daß sie alles aufgeben hätten, um die Gefangenen vom Hungerstreik abzubringen, uns jetzt in unserem Bemühen unterstützen werden, in der Zwischenzeit die Gefangenen von der Zwecklosigkeit ihrer Absicht zu überzeugen.

300 Begnadigungen.

SPD. Berlin, 27. Dezember (Drahtbericht.)

Die Zahl der auf Wunsch des Reichspräsidenten und des Reichsjustizministers zu Weihnachten begnadigten Mäzopfer beträgt 268. Haftentlassen wurden auf telegraphische Anweisung des Reichsjustizministers solche Gefangene, die zu einer Gefängnisstrafe von unter 1 Jahr verurteilt waren. Rechnet man zu diesen Entlassungen die bereits vorher auf Grund ordnungsmäßiger Gnadengesuche erfolgten Freilassungen, so übersteigt die Zahl der Begnadigten insgesamt 300. Das ist ein ganz beträchtlicher Teil der von den außerordentlichen Gerichten insgesamt verurteilten Beteiligten am Märzpuß.

Die „arbeitsunlustigen“ Bergarbeiter.

Freisitzigen aus den letzten Tagen beklagt, daß die deutsche Eisenverforgung gefährdet sei, weil angeblich wegen Kohlen- und Koksmanget 20 bis 25 Hochöfen abgeblasen werden müssen. Dazu wird uns von gutunterrichteter Seite mitgeteilt, daß diese verfechten Angriffe auf die Bergarbeiter durchaus unzutreffend sind. Die Dinge liegen vielmehr so:

Die Entwertung der Mark brachte für die Metallindustrie gewaltige Anträge, so daß die Produktion von Roheisen den gesteigerten Anforderungen nicht zu folgen vermochte. Nachdem die erheblichen Roheisenvorräte aufgebraucht waren, wurde die Kalamität besonders groß. Trotzdem die Leistung sowie die Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen gesteigert wurde, genügt die erzeugte Roheisenmenge nicht zur Bedarfsdeckung. Die Hüttenunternehmer benutzen diese Umstände in der Sitzung des Roh-eisenausschusses am 29. November zu einem Vorstoß gegen die Bergarbeiter, die es in der Hand hätten, durch Ueberprüfungen mindestens 5 Proz. Kohlen mehr zu fördern, wenn sie nicht arbeitsunlustig wären. Eine solche Koksförderung von Kohlen würde gestatten, weitere 15 bis 20 Hochöfen anzublasen, und die Roheisenproduktion zu steigern. Die Arbeiter- und Angehörtenvereine wurden nun den Industriellen aufgefordert, ihrerseits auf die Bergarbeiter einzuwirken, um die Arbeitsunlust zu befeitigen.

Herr Bieber, Vorsitzender des Christlichen Metallarbeiterverbandes, stieß fröhlich in dieses Unternehmerhorn, und auch der „Stroh“ konnte sich der „bemeisträftigen“ Argumente der profitgünstigen Unternehmer nicht ganz entziehen. Die Vertreter der freien Gewerkschaften mußten allein die Aufgabe übernehmen, die Verantwortlichkeit vor einer neuen Preisführung und die Bergarbeiter vor Verschimpfung zu bewahren. Sie wiesen nach, daß von einer Stilllegung der Hochöfen infolge von Kohlenmangel keine Rede sein kann, daß vielmehr die plötzlich und tiefenhaft gemachten Anforderungen an die Roheisenproduktion den momentanen Eisenmangel verursachen.

Die Jungsozialisten in Bayern.

SPD. Berlin, 28. Dezember.

Der Reichsausschuß der Jungsozialisten der SPD. hat an den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Schenkels ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

Herr Ministerpräsident! Sie werden es begreifen, daß das die ganze Öffentlichkeit interessierende Los der unglücklichen politischen Gefangenen auf der Festung Mitternachtsfeld besonders

die sozialistische Jugend auf das schmerzlichste berührt. Wir nehmen den wärmsten Anteil an den Gefangenen, von denen ein Teil Mitglieder unserer Partei sind und deshalb, wenn sie auch durch gerichtliche Urteile zu harten Strafen wegen der Ereignisse in München verurteilt sind, doch ihrer ganzen politischen Auffassung nach im Gegensatz zu den Trägern der Münchner Arbeiterrepublik stehen und stehen. Sie wissen als Justizminister noch besser als wir, wie leicht in politisch stark erregten Zeiten auch die Gerichte nicht genau zu unterscheiden vermögen zwischen den tatsächlichen Helfern und Treibern einer Bewegung und den von diesen Mitgerissenen. Aber ganz abgesehen davon, ist so lange Zeit seit dem Beginn der Urteilsverkündung verstrichen, die Strafvollstreckung so hart und streng und auch im Widerspruch mit dem, was der Gesetzgeber unter Festungshaft verstanden wissen wollte, das wohl genug verklärt worden ist. Wenn wir auch selbstverständlich mit unseren Parteifreunden, die, wie die Geschichte der letzten Jahre bewiesen hat, mit den Prinzipien der Arbeiterrepublik nichts gemein haben, vor allem sympathisieren und ihre Freilassung zu Weihnachten erbitten, so beklagen wir das Los aller, die für ihre Anschauungen hängen noch weiter getrennt von Ihren hinter Festungsmauern bleiben sollen. Besonders rührt uns das Schicksal Ernst Tollers, dieses hochbegabten Dichters. Wir wünschen nicht, daß man einer deutschen Regierung nachsehen soll, daß sie im 20. Jahrhundert deutsche Dichter wegen ihrer Gesinnung Jahre hindurch gefangen gehalten, in ihrer dichterischen Fähigkeit gelähmt hat. Das deutsche Volk und die deutsche Jugend wünscht Wiedergeburt des deutschen Geistes, sie hofft von dem Herrn Ministerpräsidenten Bayerns, daß er unter Sehnen nach Befreiung unserer Freunde und eines so begabten Dichters, wie es Ernst Toller ist, nicht nur begreift, sondern auch teilt.

Sie wollen Liebe auf Erden, Herr Ministerpräsident, nützen Sie die Gelegenheit, das zu beweisen bei dem Weihnachtsfeste.“

Eine Doppelrepublik?

Der österreichisch-tschechische Freundschaftsvertrag, dessen Wortlaut nunmehr veröffentlicht ist, geht weit über die Bedeutung eines diplomatischen Abkommens hinaus. Man überschätzt ihn nicht, wenn man ihn in aller Form als Bündnisvertrag bezeichnet. Zur traditionellen Form eines Bündnisvertrages fehlt ihm nur die gegenseitige militärische Hilfe. Aber dieses Manco — wenn man es als solches ansehen will — ergibt sich von selbst aus der Situation der österreichischen Republik, deren Militärkräfte durch den Vertrag von St. Germain auf 30 000 Mann beschränkt sind, ein Maximum, das übrigens nicht erreicht wird, da die österreichische Volkswehr gegenwärtig nur 18 000 Mann zählt.

Der Vertrag hat eine politische Bedeutung, die weit über die Grenzen der beiden Republiken hinausreicht. Er hat zur Grundlage die Friedensverträge von St. Germain und Trianon, deren volle Durchführung die beiden Staaten einander garantieren. Der Vertrag von St. Germain legt besonders die gemeinsamen Grenzen der beiden Länder fest, der Vertrag von Trianon bestimmt die Grenzen Ungarns, somit die gemeinsamen Grenzen Ungarns und der Tschechoslowakei einerseits und Ungarns und Österreichs andererseits. Der Vertrag besiegelt also den sinnlosen, widerrechtlichen Machtspruch der Steger im Weltkrieg, die man in der bürgerlichen Presse zu verhüllen sucht, läßt sich nicht aus der Welt schaffen.

Welche praktische Konsequenzen ergeben sich für die beiden Staaten zunächst, für Deutschland in der Folge aus dieser Tatsache? Was die Tschechoslowakei betrifft, so ist für sie damit eine gewisse Sicherheit gegen eine Irredenta der deutschen Minderheit geschaffen. Bekanntlich waren im revolutionären Vorparlament der österreichischen Republik nicht allein die ihr jetzt zugeteilten Länder vertreten, sondern alle deutschen Landesteile des ehemaligen Österreich, besonders die sogenannten Sudetendeutschen, d. h. die Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens, deren Zahl mehr als 3½ Millionen beträgt. Nach einem vergeblichen Widerstand und in der Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung nahmen die Sudetendeutschen schließlich Abschied von ihren österreichischen Brüdern. Seitdem befanden sie sich zur Prager Regierung in unversöhnlicher Opposition. Freilich war ihr Blick nicht mehr nach Wien, sondern nach Deutschland gerichtet — in Uebereinstimmung mit den Österreichern selbst. Man kann ohne weiteres behaupten, daß die seitliche und kulturelle Uebereinstimmung der Sudetendeutschen und der Österreicher sich trotz aller Hemmnisse ungekrüßt erhalten hat. Die Sudetendeutschen und die Österreicher denken und fühlen weit übereinstimmender als etwa die Süd- und Norddeutschen.

In dem Vertrag heißt es, daß beide Staaten sich verpflichten, „darüber zu wachen, daß die Abmachungen betreffs der Regelung wirtschaftlicher, finanzieller und Minderheitsfragen gebührend beachtet werden“. Bisher hat die tschechoslowakische Republik den Österreichern in wirtschaftlicher Beziehung das Leben möglichst schwer gemacht und gegenüber den Sudetendeutschen eine Unterdrückungs- und Rachepolitik betrieben, die man psychologisch begreifen kann, die aber ein schwerer Fehler ist. Erst seit einem Jahre schlägt man in Prag gegenüber den Deutschen mildere Töne an, ohne deshalb die Geister, die man gerufen hat, bannen zu können.

Jeder Vertrag ist schließlich mehr oder weniger ein Papiert. Auf seine Ausführung kommt es an. Wenn die Prager Regierung gewillt und instand ist, den Vertrag zu erfüllen, dann kann er sehr wohl die Grundlage einer Doppelrepublik sein, ähnlich der ehemaligen österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie. Das wäre zwar keine vollkommene, aber eine natürliche Lösung des österreichischen Problems. Wirtschaftlich und geographisch bilden die beiden Staaten ein Ganzes, kulturell und geschichtlich sind sie miteinander innig verwoben. Freilich kann man begründete Zweifel in der politischen Klugheit der Tschechen haben, die kaum ihrem Präsidenten Masaryk, dem Vater des Vertrages, folgen werden.

Was Deutschland durch diese Möglichkeiten zu verlieren droht, liegt auf der Hand. Masaryk und Beneš sind jedenfalls weislichere und ungleich beweglichere Politiker als die Herren, die in der Wilhelmstraße Deutschlands Außenpolitik machen. Aber machen wir eine Außenpolitik?

J.-S.-Z.

Berlin, 27. Dezember. Dr. Maximilian Pfeiffer, deutscher Gesandter in Wien. Wie die „Telegraphen-Union“ hört, ist die Ernennung des Zentrumsabgeordneten Dr. Maximilian Pfeiffer zum Gesandten in Wien nunmehr erfolgt.

Die Krise in der KPD.

Wir berichteten bereits über die Sitzung der kommunistischen Zentrale, in der die Opposition unter Malzahn einen kräftigen Vorstoß unternahm. Wie die Korrespondenz weiter zu diesen Vorkommnissen erfährt, dürfte in den nächsten 14 Tagen innerhalb der kommunistischen Partei die neue Krise, die aus dem zähen Festhalten schwerempromittierter Mitglieder der Zentrale an ihrem Posten entstanden ist, sich entscheidend auswirken. Der Protest gegen das Verbleiben der Führer des Märzputsches, der von Malzahn, Braß und Friesland, ausgegangen ist, hat auch im Reich innerhalb der kommunistischen Ortsgruppen schon geraume Zeit vor diesem offiziellen Schritt zu lebhaften Erörterungen und Spaltungen geführt. Besonders in Mitteldeutschland, in Thüringen, wo die „Reviten“ einen nicht zu unterschätzenden Anhang besitzen, hat man den Austritt der gesamten Zentrale gefordert. Ebenso in Hanau, wo man jedoch mit dieser Aktion auf den entschiedensten Widerstand der kommunistischen Presse stieß, die entsprechenden Veröffentlichungen rundweg ablehnte.

Inzwischen hat sich auch in Hamburg eine starke Opposition gegen Eberlein, Ried usw. bemerkbar gemacht und unter Führung von Friesland, Malzahn und Braß dürfte die gesamte Opposition sich zusammenschließen, um gegen die jetzigen Leiter energisch vorzugehen. Die Opposition will — und zwar sonderbarer Weise der rechte Flügel, den die Richtung Levi vertritt, zusammen mit Braß und Friesland, die bisher vor kurzem noch der äußersten Linken angehörten — nunmehr über die Köpfe der gegenwärtigen Zentrale hinweg einen Parteitag einberufen, auf dem von „unbelasteten Männern“ die kommunistische Märzaktion und die Führer einer schonungslosen Kritik unterzogen werden sollen.

Geldstrafen und kurze Freiheitsstrafen.

Der Reichstag hat bekanntlich am 17. Dezember 1921 ein Gesetz zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen beschlossen. Das Gesetz soll mit dem 1. Januar 1922 in Kraft treten. Für die Anwendung der neuen Vorschriften weist der Preussische Justizminister Dr. Am Jahn auf folgende Gesichtspunkte hin:

Die Heraushebung der Höchstbeträge der Geldstrafen und Bußen auf den zehnfachen Betrag der bisherigen Höhe bis zum Höchstbetrag von 100 000 Mark bei Verbrechen und Vergehen bezieht sich nicht auf Ordnungstrafen und Zwangsstrafen. — Die im § 5 des Gesetzes den Gerichten verliehene Befugnis, eine Geldstrafe zu stunden oder Teilzahlungen zu gestatten, läßt die Befugnis der Vollstreckungsbehörde zur Gewährung von Strafausschub und die Befugnis der Gnadeninstanz zur Gnadengewährung unberührt. Jedoch entspricht es dem Sinne des Gesetzes, daß die zur Gewährung von Strafausschub ermächtigten Behörden für den Fall, daß sie einem Gesuch um Stundung usw. nicht stattgeben wollen, dieses dem Gericht zur Entscheidung vorlegen.

Durch die dem Gericht verliehene Befugnis, die Nichtvollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe anzuordnen, wird die Möglichkeit der bedingten Strafauflage nicht eingeschränkt. Auch wenn das Gericht die Nichtvollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe angeordnet hat, kann die Vollstreckung der Geldstrafe bis zum Ablauf der Verjährungsfrist jederzeit wieder aufgenommen werden, sofern die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verurteilten sich bessern. Die Staatsanwaltschaften werden darauf hingewiesen, darauf zu achten, daß in allen Fällen, in denen eine Geldstrafe in Frage kommen kann, schon im Vorverfahren die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters (Einkommen, Vermögen, Beruf, Erwerbstätigkeit, Familienverhältnisse usw.) nach Möglichkeit ermittelt werden.

Die Justizbehörden haben alle einlaufenden Gnadengesuche, bei denen es sich um Umwandlung einer weniger als drei Monate betragenden Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe handelt, unmittelbar dem Gericht zu übersenden. Das Gesuch gilt als erledigt, falls das Gericht seine Genehmigung erteilt; andernfalls geht es an den Beauftragten für Gnadensachen zur weiteren Bearbeitung. Hat der Justizminister Bericht über das Gnadengesuch gefordert, so erstattet ihm das Gericht Anzeige von der gewährten Vergünstigung, indem der Beauftragte für Gnadensachen diese Anzeige vom Gericht zur Weitergabe an den Justizminister überwiesen erhält. — Auf die vor dem 1. Januar 1922 bei dem Beauftragten für Gnadensachen bereits anhängig gewordenen Sachen finden diese Bestimmungen entsprechende Anwendung.

Armenien und die Internationale.

Aus Kreisen der armenischen Sozialisten wird uns geschrieben: Es ist bekannt, wie schwer Armenien unter dem Weltkriege zu leiden hatte. Weniger bekannt ist, daß sich Armenien auch heute noch in einer überaus schwierigen Lage befindet. Vierhunderttausend Flüchtlinge übernahm es als Erbe aus dem Kriege. Es ist Bufferstaat zwischen Sowjetrußland und dem kemalistischen Anatolien. In mancher Hinsicht gleicht sein Schicksal dem Georgiens. Deshalb hat es in sozialistisch-demokratischen Kreisen Armeniens — und diese Kreise haben die Mehrheit in Armenien — angenehm herüber, daß sich der Vollzugsausschuß der Zweiten Internationale kürzlich eingehend mit der Lage Georgiens befaßte. Sie glauben das so auffassen zu dürfen, daß die Zweite Internationale ihre Aufmerksamkeit nicht nur Georgien, sondern allen Kaukasusländern schenkt, die in der Zweiten Internationale das Beste von der Zukunft erhoffen. Was es sich auch vorläufig noch um Zukunftsträume handelt, so glauben die Sozialisten Armeniens doch schon heute die Hoffnung auszusprechen zu dürfen, daß das entvölkerte Armenien für viele Proletarier Europas Siedlungsland wird.

Bei dieser Gelegenheit ist es notwendig, sich mit der Sowjetregierung auseinanderzusetzen. Wir haben eingesehen, daß eine Verständigung mit Moskau notwendig ist, und wissen uns in dieser Erkenntnis eins mit weiten Kreisen der russischen Sozialdemokraten. Wir kämpfen heute nicht mehr gegen die Sowjetregierung, sondern gegen ihre Auswüchse. Wir bedauern es, daß die Zentralinstanz in Moskau in den kaukasischen Ländern zum Teil eine Mißwirtschaft ihrer Kommissare duldet, die kompromittierend wirkt, und sind erstaunt, daß man in wirtschaftlicher Hinsicht ausländisches Kapital zu Hilfe ruft, während man die inneren Kräfte zum großen Teil leer laufen läßt. Eine gewisse

Zurcht vor innerpolitischen Verzerrungen mag verständlich sein, aber ebenso klar ist es, daß in Rußland auf die Dauer ein Kurs unmöglich ist, der weite Kreise des Volkes entmündigt und entrechtet. Lenin und Trotski sind nicht unsterblich. Was soll nach ihrer kommen? Ein neues Chaos? Heute ist die Mehrzahl des russischen Volkes bereit, die Sowjetinstitution als solche anzuerkennen und auf ihren Grundlagen mit aufzubauen, wenn die Freiheit der Person garantiert wird. Es dürfte der Sowjetregierung bekannt sein, daß sich diese Bereitwilligkeit auch auf Kreise erstreckt, die bis vor kurzem noch als die unversöhnlichen Gegner der Sowjetinstitution galten. Es wäre ein psychologischer Fehler, der sich in der späteren Zukunft bitter rächen könnte, wenn die Sowjetregierung an diesen Dingen wortlos vorüberginge.

Die Zweite Internationale hat sich, unbeachtet der Angriffe, die aus dem Lager der Dritten Internationale gegen sie gerichtet wurden, an dem Hilfswerk für Rußland beteiligt, sie hat sich für die Wiederherstellung der Einheitsfront des Proletariats erklärt. Ist es nicht eine Pflicht der proletarischen Regierung in Rußland, auch ihrerseits Schritte zu unternehmen, um dem gänzlich unfruchtbaren Zweipakt ein Ende zu machen? Gerade wir Armenier, die wir zwischen der Sowjetregierung und der Zweiten Internationale stehen, sehnen das Ende dieses Streites herbei und hoffen, daß an die Stelle der Sowjetdiktatur die proletarische Demokratie tritt.

Am Ende der Dutsch-Politik?

Darf man hoffen, daß die Zeit der Dutsch-Politik im republikanischen Deutschland endgültig vorüber ist? Den Reichsputzschiffen hat der Tagom-Prozess eine außerordentlich heilsame Lehre gegeben. Mögen sich auch die Extremen schandenhalber noch heute zu den „herrlichen Männern“ Kapp und Lüttich bekennen, so viel müssen doch auch sie aus dem Prozeß gelernt haben, daß militärische Uebermacht und eingebildetes Fachwissen noch nicht ausreichen, um die Macht in Deutschland zu erlangen und zu behaupten. Auf der anderen Seite geht die KPD, an dem Gift der Enthüllungen über den Märzaufruf unversehrt zu Grunde. Der Kommunismus in Deutschland ist unrettbar der Spalte oder der Charabdis verfallen: entweder er verzichtet auf das russische Geld und damit auf die Quelle seiner Werbestraft oder er nimmt den russischen Rubel und hört damit auf, eine Partei im Interesse der deutschen Arbeiter zu sein, wird also ein Einseitfall in den Händen der Turkestaner, die je nach den Bedürfnissen der Moskauer Mätereublik die deutschen kommunistischen Arbeiter hierhin oder dorthin preisen. In diesem letzteren Falle, der bisher vorlag, muß selbstverständlich vor Voll zu Fall jeder intelligente und ehrliche Anhänger der kommunistischen Partei, der die Zusammenhänge übersehen, sich gegen die Parteileitung auflehnen. So hören wir denn jetzt ohne Heckerlesung von der „Freiheit“, daß unter Führung von Friesland und Malzahn eine neue Revolt gegen die kommunistische Zentrale ausgedroht ist. Vielleicht wird sie noch einmal niedergeschlagen, aber am Schicksal der kommunistischen Partei wird dadurch nichts geändert.

Wären die Verleumdungen der Dutsch-Politik damit endgültig überwunden, könnte alsbald in der Republik sehr vieles von dem beseitigt werden, was in der Not der Dutschzeit an Einrichtungen des alten Reichstaates beibehalten werden mußte.

Geständnisse.

In den Führern des Reichsverbandes der deutschen Industrie gehört auch Herr Krämer. Er hielt vor einigen Tagen im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller einen Vortrag über das Kreditangebot der Industrie. Krämer gehört, wenn man so sagen will, zum „linken“ Flügel der deutschen Industriellen. Er fragte ganz ehrlich: „Hat denn irgend einer von Ihnen bis jetzt für die Reparationszahlung irgend etwas geleistet?“ Und er gab sofort selbst die Antwort: „Niemand einen Pfennig!“

Das ist ein beachtenswertes Wort, das wir uns merken sollten. Es paßt zu dem Bekenntnis der „Kölnischen Zeitung“, die vor einiger Zeit schrieb, es klaffe zwischen der den Reichern obliegenden Steuerpflicht und ihren wirklichen Steuerleistungen ein Widerriß, der schon aus Gründen der öffentlichen Moral beseitigt werden müsse. In die gleiche Reihe offener Bekenntnisse gehört jene Feststellung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, des Stinnesblattes, das offen zugab, einen Teil der Vermögenssubstanzen der Privaten zugunsten des Reiches zu erfassen, in Wirklichkeit bisher immer wieder aus dem Verdienst, also ohne Eingriff in die Vermögen, geleistet werden konnten.

Man sollte in Arbeiter- und Angestelltenkreisen diese ehrlichen Worte nicht zu gering einschätzen. Sie sind ein Zeichen dafür, daß die Unternehmer heute auch in ein linkes und ein rechtes Lager zu scheiden sind. Die Frage bleibt nur, wer zurecht im Reichsverband der deutschen Industrie, der Spitzenorganisation der deutschen Unternehmer, die Oberhand hat. Es scheint doch so, als wenn die Reaktionsäre alle Vernunft und alle Vernünftigen an die Wand gequert hätten. Anders ist die Politik der deutschen Industriellen nicht zu verstehen. Man sieht nicht die kommenden Gefahren oder — man fürchtet sie nicht. Man hofft wohl, auch dann wieder zurecht kommen zu können. Den Fehler bei diesem Exempel sieht man nicht. Einstweilen wird der Kampf gegen die Pflicht, der Allgemeinheit mit dem eigenen wohlgefüllten Geldsack zu helfen, noch mit Schlagworten geführt. Immer wieder wird hervorgehoben, daß eine Erfassung der Sachwerte in ihrer Auswirkung nichts anderes bedeute, als die Auslieferung der deutschen Industrie an das feindliche Ausland. Es ist nicht zu bestreiten, daß dieser Einwand vielerlei Beachtung findet. Wie steht es damit aber in Wirklichkeit. Auf der Börse wird seit Jahr und Tag in jeder beliebigen Aktienmenge das deutsche Industriekapital durch unsere eigenen deutschen Banken nach dem Ausland verkauft. In nahezu sämtlichen deutschen großindustriellen Unternehmungen wird die Verbindung mit dem Ausland, die Interessengemeinschaft mit ausländischen Kapitalisten sorgfältig gepflegt und ausgebaut. Und wenn Herr Stinnes nach London reist, meint man, er führe dort hinüber, um keine Geschäfte mit Ausländern zu machen? Sind die Pläne der englischen Großindustriellen, die eine Umbildung unserer Geldleistungen in Waren- und Arbeitslieferungen verlangen, so völlig gegenständig zu jenen Bestrebungen?

Bei einer ordnungsgemäßen Durchführung der Besteuerung der Sachwerte wird im Gegensatz zu diesen unkontrollierbaren Geschäften der deutschen Industriellen mit dem Ausland die unter öffentlicher Aufsicht stehende Beileistung aller verbenden deutschen Vermögen möglich sein. Die breite Grundlage der Leistungspflichtigen wird dann die materielle Sicherheit für die Wiedergutmachungspflichtigen des Reiches abgeben. Und die Kontrolle durch das Parlament wird jede Gefahr, ganz gleich welcher Art, vom Produktionsvermögen fernhalten.

Über das ist es ja, was bestimmte, sehr einflußreiche Kreise in Deutschland nicht wollen. Man macht mit dem Auslande alle möglichen und auch die dunkelsten Geschäfte, so lange es zum Wohle des eigenen Geldsackes oder in der Richtung der eigenen politischen Ideen geht, aber im Interesse der Gesamtheit soll nichts geschehen, die Republik soll in Not geraten, es soll zum Zusammenstoß mit der Entente kommen.

Volkswirtschaft.

Vertrachte Banken.

In den jüngst vergangenen Wochen haben in Deutschland Hunderttausende von Effekteninhabern eine ganze Anzahl Milliarden Mark verloren. Sie alle, die in den letzten Wochen der Haussee, als der Dollar auf 300 kletterte, und Industrieaktien mit einem Kurs von 1000 immer häufiger wurden, noch rasch gekauft haben, um an den aus Deutschland Glend fließenden Gewinnen teilzuhaben, laufen heute erheblich ärmer geworden herum. Es wird in den breiten Massen des Volkes, die schon durch einen steigenden Margarinepreis in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt werden, wohl kaum jemand geben, der es jenen nicht gönne, heute Aktien zu besitzen, wovon das Stück vielleicht für 10 000 Mark gekauft wurde, um jetzt nur noch einen Erlös von 5000 Mark zu bringen. Man muß aber gerade diese Dinge etwas genauer und darf sie nicht nur von der moralischen Seite aus ansehen.

Das, was die jetzt verküppelten Spekulanten an Geld drangeben müssen, das haben jene verdient, von denen sie als letzte Effekten zu hohem Kurse kauften. Das gleiche trifft für diejenigen zu, die im Devisengeschäft „arbeiteten“.

Die Banken und Bankiers haben es immer sehr gut verstanden, sich als diejenigen hinzustellen, die in den Wahnwitz der Börsenhaussee von ihren Kunden widerwillig hineingezerrt worden seien. Für einen kleinen der Finanzleute mag das zutreffen, für die übergroße Mehrheit steht es aber ungekehrt. Sie haben nicht nur den Hausseeaumel willig mitgemacht, sie haben ihre Kunden und jeden Zuleufer, machte er auch noch so geringe Mittel mitbringen, in seiner Geldsack bestärkt, sie haben technisch jede nur ausdenkbare Maßnahme getroffen, um ihre Kunden „zufrieden“ zu stellen, und sie haben, gestützt auf ihre Kenntnisse und den Strom des ohne eigene Meinung wild Mitschwimmenden, das im großen gemacht, was die anderen im Kleinen taten, sie haben auf zunehmende Entwertung der Mark, auf steigende finanzielle und im besonderen außenpolitische Schwierigkeiten der deutschen Republik spekuliert.

Die Öffentlichkeit sieht nicht, was jetzt im Effektenpiel Geld verloren hat. Bei Privatleuten wird es verheimlicht, und Bankinstitute oder Bankiers werden es erst recht nicht sehen lassen, weil damit ihr Kredit, ihr Renommee, ihr gläubige Kundenschaft davorlaufen würde. Es muß bei einer Bank schon schlimm kommen, wenn sie die Flagge streicht. Das es jetzt doch begonnen hat, bei den Banken zu trafen, zeigt, in welchem Umfang sie selbst mit spekuliert haben.

Ein merkwürdiger Zufall will, daß die beiden in der vorigen Woche aufgelassenen Finanzinstitute, die Pfälzische Bank und der Allgemeine Bankverein in Düsseldorf, nicht an zu hoch eingekauften, jetzt im Werte gesunkenen Effekten oder Devisen den Hals gebrochen haben. Beide haben in reichhaltigem Umfang in ausländischen Devisen Geschäfte gemacht, die eine im besonderen in Schweizer Franken, die andere in holländischen Gulden, sie haben sich dabei aber auf die gefährlichen, rein spekulativen Blankoverkäufe gelegt. Sie haben Franken resp. Gulden für spätere Lieferung zu einem festen Preise verkauft, ohne diese Valuten zu besitzen, aber in der Hoffnung, daß jene am Lieferungsstage billiger sein würden, als am Abflußstage in Auftrag genommen! Wären die Schweizer Franken vier Wochen früher durch das Steigen der Mark billiger geworden, als es tatsächlich eingetreten ist, dann wäre der Münchener Direktor der Pfälzischen Bank heute in seinen Fachkreisen als ein jabelhafter Kerl berühmt, der es verstanden habe, im Handumdrehen Hunderte von Millionen zu verdienen. In diesem Fall hätten wahrscheinlich die Käufer das Genid gebrochen.

Jetzt redet die bürgerliche Fachpresse viel über jene gewissenlosen Direktoren, die mit ihren Spekulationen ganze Banken ruiniert haben. Darüber, daß die beiden Heringefallenen nur Leute sind, denen es eben nicht gelungen ist, während die anderen fest im Sattel sitzen, wird nicht geredet.

Die beiden bisherigen Zusammenbrüche sind nur Symptome. Es können morgen und übermorgen auch noch weitere sichtbar werden. Aber was ist das für ein entsetzlicher Zustand, daß alle Wertmaßstäbe der Lage Deutschlands einer Horde Anbetern des goldenen Kalbs ausgeliefert sind, die mit ihnen einen Weltkranz aufgemacht haben, an dem teilzunehmen jeder geldbesitzende Geisteslose eingeladen ist!

Hier muß mit eisernem Beßen ausgekehrt werden. Verlangen wir bei jeder Steuererklärung eine eidesstattliche Versicherung über den Devisenbesitz, verlangen wir von jedem Bankier, jedem Industriellen und jedem Exporteur, daß er seine in- und ausländischen direkten und indirekten Devisenbestände anzugeben hat, verlangen wir unter den entsprechenden Schutzmaßnahmen gegen schwarzen Devisenhandel den Depotzwang für Devisen. Aber täuschen wir uns dabei nicht. Wenn diese Vorschläge auch rest- und lückenlos durchgeführt werden, sie können höchstens dämpfend und regulierend wirken. Das Uebel selbst wird erst beseitigt, wenn durch gründliche steuerliche Erfassung des Besitzes die finanzielle Lage Deutschlands sich bessert, wenn die Gefahrenmomente für seine Existenz- und Produktionsfähigkeit damit beseitigt werden. Sicher gehört in diese Rechnung auch die vernünftige Umgestaltung des Versailles Diktats, man sollte aber nie vergessen, daß seine Lasten, soweit sie überhaupt tragbar sind, nur deswegen so fürchterlich auf die Lebenshaltung der breiten Massen drücken, weil die spekulierende, in wildem Taumel lebende gelbliche Oberschicht des deutschen Volkes nur an sich und nicht an das Wohl der Allgemeinheit denkt.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Lage	Gr.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Heilbronn Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interat Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Mezer & Co., sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Die Abfuhr von Vieh, Scherben u. Koffschladen findet am Donnerstag, den 29. Dezbr. 1921, in der Zeit von 7 bis 9 Uhr vorm., statt. (11110) Lübeck, 28. Dez. 1921. Das Polizeiamt.

Steinthal-Stiftung

verleiht 1922 Aussteuerbeihilfe von Mk. 150 an Töchter eines Lübeckischen Bürgers. Bewerbungen bis Ende Januar 1922. Auskunft im Bauamt Zimmer 31. (11127)

Marta Griem Otto Wisser

Verlobte. (11129) Lübeck, Weihnachten 21.

Sozialdem. Verein

(11122) Am Montag starb unser langjähriger Genosse **D. Westphal**, Sobelmeister. Ehre seinem Andenken! Beerdigung Freitag, dem 30. Dez., nachm. 2 Uhr, auf dem Borwerker Friedhof. Der Vorstand.

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschl.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Nachruf!

Am Sonntag, d. 28. Dezember starb unser Mitglied, der Kollege **Herrn. Böck**.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 29. Dez., vormittags 10 1/2 Uhr auf dem Burgator-Friedhof statt.

Am Montag, dem 26. Dezember, starb unser Mitglied, die Kollegin

Johanna Niemann.

Ehre ihrem Andenken! Beerdigung am Freitag, dem 30. Dezember, nachm. 8 Uhr, auf dem Rensfelder Friedhof. Die Ortsverwaltung.

Mandoline zu verkaufen. (11120) Soignastr. 15, III.

Sabent. m. Schrl. z. vt. (11125) Gantienstr. 7a.

Ferfel u. Jagdgeräth billig zu verk. **J. Klüwer**, (11140) Schwarzwasser Allee 138.

4 Jagdgeräth z. vt. (11114) Hünza, Sandstraße 78.

Fürsten ein Sacripell von Adler- u. Weihen. G. Sel. abzug. Weihenstr. (11145) 47, I.

Glas scheiben aller Art, Kitt, Glasschneider, Bilderleisten etc. (11112) Oscar Tauchnitz, Glashdl., Fleischhauerstr. 35 F-2806

H. Schmitz Uhren, Leuchttische, Lampen, etc. (11117) Gantienstr. 333-335.

Pelzgarnituren nach modern u. bill. angefertigt. **D. Wagner**, (11128) Holtenauerstr. 5.

Tyfuosuz auf Weiß:



LAVALIN

ist das beste Tyfusgiz!

Hersteller: Gebr. Meyer, Chemisch-technische Fabrik, Hannover-Ricklingen
Vertreter: **Emil Scheel, Lüneck**,
Telephon 798. Moltkestraße 1. (11198)

Soeben erschienen:

Dr. Eugen Pawlowski
Der Bankrott Deutschlands

AUS DEM INHALT: Die Wirtschaftskrise Deutschlands / Die Verarmung Deutschlands als Folge des Krieges / Die Verelendung der Arbeiterklasse / Der Zusammenbruch der Ernährung / Teuerung und Lohnsteigerung / Der Rückgang der Arbeitsleistung / Das Reparationsproblem / Die Finanzkrise / Das Steuerproblem im Klassenstaat / Verteilung der Steuern auf die Einkommensarten / Die „Studien“ der gelben Internationale / Die Ohnmacht der Bourgeoisie / Die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie / Die Steuerlast des Arbeiters / Herr Parvus als Retter in der Not / Dem Zusammenbruch entgegen.

189 Seiten. Preis Mk. 2,50, geb. Mk. 6.—

Karl Liebknecht
Reden und Aufsätze

374 S. Preis Pappb. Mk. 20.— (Organ. 15.—) Leinwandb. Mk. 30.—
Zu beziehen durch
CARL HOYM NACHE, LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Zentrale für private Fürsorge
Abteilung Mittagsstunde.

Mittagsstisch I und Krankenst. Königsr. 19,
Mittagsstisch II Köhlerstr. 17
vom 29. Dezember bis einschließlich 2. Januar (11189) geschlossen.

läuft zu den höchsten Marktpreisen.
Pelz-Spezialgeschäft Hermann Boy,
Sandstraße 21, gegenüber Hotel Stadt Hamburg.

Die höchsten Tagespreise für
Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw.

erhalten Sie bei
Selig L. Cohn,
Wahlf. 62, Telefon 2153.

Das beste Zubehör in
Fluß-, See-, fischen u. Räucherwaren
Prümm,
Wahlfstraße 21.

Leder
Lederausschnitt Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Schwärzer-Artikel
C. Griem Nachf.,
Lederhandlung und Schäftefabrik. (11118)

Brot-Handelsstube.
Der Unterlebens für Vorkauf, Mehl u. Vermögenverwaltung beginnt am 6. Jan. der Oberlebens am 6. Jan. **Karl Hinzpeter**,
Wahlf. 62, Telefon 2153.

Achtung, Sparklubs!
Sparkassen-Rücher
in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.**,
Johannisstr. 45.

Gatte, Seitenräger, Herrenmäntel, Strawollen 40946 in großer Auswahl.
Papier-Wäsche (Kopierp.) Gebirger.
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Kulmbacher Bierhaus.
Silvesterfeier
Vornehmes (11146)
Künstler-Konzert

Morgen Donnerstag:
Adlershorst. Kein Tanz. (11141)

Plattbütische Vereen „Gel“
in Lübeck.
Donnerstag, den 29. Dezember:
Wihnachtsfeier im Stimmer-Bescherung
in de „Flora“.
Los geht dat Aock 7. Zutritt für Vereensmaten Mk. 1.—, für Fremde Mk. 2.— (11144) De Vörfstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck.
Donnerstag, 29. Dez., abends 7 1/2 Uhr:
Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Abrechnung vom Ball.
3. Bericht vom Ortsauschuß.
4. Beitragserhöhung.
(11187) Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Invaliden Deutschlands
Ortsgruppe Lübeck.
Die Verteilung der Siebesgaben
an unsere Mitglieder findet am **Donnerstag, dem 29. Dezember**, abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. (11126)
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Die Vorkände der Gewerkschaften sind hierzu freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Regen-Oelmäntel
mit Kapuze für (11120)
Mk. 90.—
zu verkaufen
so lange Vorrat reicht.
Puls & Probst
Dorotheenstr. 26.
Fernruf 8607.

ERICH KUTNER MDL
Warum verfaßt die Justiz?

Zu beziehen durch die
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Schirmreparatur
Herbeziehen,
Ed. Teßmann
(1131) Hundestr. 45.

Felle,
Marder, Muffe, Käse, Hosen, Kamin usw. (11138) kauft zu höchsten Tagespreisen
Isaac Frankenthal
Lübeck, Beckergrube 53.
Fernsprecher 86-11.
Sonntags geschl.
Bitte genau die Adresse zu beachten.

+Magereit+
Schöne, volle Körperformen durch unser „Negro“ Kraftpulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pf. Zunahme. Garant. unerschütterlich. Kräftig empfohlen. Streng reell! Viele Dankbriefe. Preis Karton mit Gebirgsw. u. W. Mk. 15.—. Postanweisung oder Nachnahme. (11118) Alleinige Niederlage: **Adler-Apotheke**, Lübeck, Ob. Mengstr. 10.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck.
Die für heute Mittwoch festgesetzte Versammlung der Kaufmanns- u. Weinarbeiter findet unzustandekommen nicht statt. (11136) Die Ortsverwaltung.

Wohnerschutzverein
c. V. (11142)
Donnerstag, den 29. Dezbr. abends 7 1/2 Uhr in den Zentralhallen außerordentl. wichtige **Mitglieder-Versammlung**
Endgültige Beschlußfassung über den zur Beratung stehenden Mietvertrag.
Alle Mieter Lübeck sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Vorstand.

Trocadero
Schüsselbuden 4.
Tel. 787. (11119)
T ä g l i c h
die beliebtesten
Weberus-Konzerte.

Hansatheater.
Heute, (11124) Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Das **Milliardensouper.**
Morgen, Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Ein **Walzertraum.**
Freitag 7 1/2 Uhr:
Das **Milliardensouper.**
Sonabend (Silvester), Anfang 7 Uhr:
Zum ersten Male:
Das **Fräulein vom Amt.**

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 28. Dezember, 8 Uhr: **Max u. Moritz**, 7.30 Uhr: **Wenn der junge Wein blüht**, Lustspiel v. Björnson.
19. Ab. Vorst. **Höft. C.**
Donnerstag, 29. Dezbr. 7.30 U. **Tannhäuser**, 19. Ab. Vorst. **Höft. C.**
Freitag, 30. Dez., 8 U. **Max und Moritz**, 7.30 Uhr. **Bunbury**.
Sonabend, 31. Dezbr. 8 U. **Max u. Moritz**, 7 U. **Die Fiederman**.

Kleine Anzeigen

im „Lübecker Volksboten“, bei denen Käufer und Verkäufer innerhalb der werktätigen Bevölkerung zu suchen sind, werden vormittags bis 10 Uhr Johannisstr. 46 angenommen u. haben

großen Erfolg!

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 28. Dezember.

Halte fest an eurer Presse!

Die Bedeutung der Presse im neuen Deutschland ist allgemein gewachsen. Der alte Staat machte seine Politik im Amtszimmer. Eine Kasse befahl, ein Beamtenheer führte die Befehle aus, das Volk hatte zu gehorchen.

Anders der Staat der Demokratie. In ihm entscheidet schließlich der Volkswille; den Volkswillen zu formen, ihm die Richtung zu geben, darum ringen nun die gesellschaftlichen Kräfte.

Das Großkapital sucht sich der Presse zu bemächtigen; Stinnes kauft Zeitungen an. Direkt und indirekt hat das Krustkapital ihm genehme und willfährige Zeitungen im größten Ausmaß in seinen Dienst gestellt. Um so wichtiger ist es für die werktätigen Volkswaffen, der nicht vom Kapital abhängigen Presse die Existenz zu sichern. Ihr wird das Leben schwer gemacht. Die Keuerung laßt wichtig auf der gesamten Presse, und der Arbeiterpresse ist Abwägung schwerer möglich als den Inzertentplantagen; sie hat auch nicht Geldgeber, die Sonderzwecken zuliebe Zuschüsse leisten.

Hinter der allgemeinen Preissteigerung blieb die Presse weit zurück. Alle Unkosten der Zeitungsherstellung sind ungeheuer gestiegen. Außer der notwendigen Steigerung der Löhne und Gehälter verteuerte sich das Papier um das Dreifache; Druckfarbe kostet das Achtundzwanzigfache; Stereotypmetall das Hundertfünzigfache; Postgebühren, mit denen die Presse stark rechnen muß, z. B. beim Fernsprecher, steigen auf das Zwanzigfache. Und noch im Wirtschaftsleben: Ist nicht fast alles um das Zwanzigfache gestiegen?

Mit dem neuen Quartal verteuert sich folglich auch die Presse ohne Ausnahme in ganz Deutschland. Kein denkfähiger Mensch wird deshalb sein Blatt abbestellen. Denn die politische Presse ist ihm so notwendig wie das tägliche Brot. Die unruhigen und unsicheren Verhältnisse im Inn- und Ausland, das reiche politische, das wirtschaftliche Leben in unserem engeren Grenzgebiet zwingt einfach jeden, aktiv Partei zu ergreifen. Der Lübecker Volksbote ist die einzige am Orte erscheinende politische Tageszeitung, die rückhaltlos die Interessen der Enterteten vertritt und klare Ziele verfolgt. Das Lebenselement des Lübecker Arbeiterblattes bildet der Kampf für die soziale Demokratie in Politik und Gesellschaft. Diesen Kampf muß jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte unterstützen, wenn auch nur ein Funke Freiheitsgeist und Mannesstolz in ihm lebt, denn ringsum sind Kräfte am Werke, deren Wühlarbeit darin besteht, jede freiheitliche Errungenschaft zu beseitigen, die alte Unfreiheit und die Knechtschaft wieder aufzurichten.

Nur die sozialdemokratische Presse

kämpft juristisch gegen die Feinde der Republik, gegen Monarchisten und Kapitalisten. Wenn am Aufbau des Reiches, zumal am Aufbau der Sozialdemokratie durch die Schuld der Kriegsparteien in allen Rechtslagern, gelegen ist, wer das Schlimmste von unserem Volke abwenden und es besseren Zeiten entgegenführen will, der abonniere und werbe für die beste Freiheitswaffe, für den

Lübecker Volksboten.

Die Lübeckische Dienstofflage.

Ueber die Führung der Lübeckischen Dienstofflage auf den Staatsfahrzeugen und den den Zwecken der Schifffahrt dienenden Staatsgebäuden hat der Senat folgendes verordnet: 1. Staatsfahrzeuge, die ausschließlich oder vorzugsweise zum Verkehr in Gewässern bestimmt sind, die von Seeschiffen befahren werden, führen als Dienstofflage die Dienstofflage der Reichsbehörden zur

See mit dem Lübeckischen Wappenschild in der dem Flaggenstange zugekehrten Ecke des schwarzen Streifens. 2. Die Lössenfahrzeuge führen die vorstehend beschriebene Flagge mit den Buchstaben L und B (Lössenverwaltung) in roter Farbe im weißen Streifen, und zwar den Buchstaben L links, den Buchstaben B rechts vom gelben Schild. 3. Die Fahrzeuge der Fischereiaufsichtsbeamten führen im Seegebiet die unter Ziffer 1 beschriebene Flagge mit den Buchstaben F und A (Fischereiaufsicht) in roter Farbe im weißen Streifen, und zwar den Buchstaben F links, den Buchstaben A rechts vom gelben Schild. 4. Staatsfahrzeuge, die ausschließlich oder vorzugsweise zum Verkehr in Binnengewässern bestimmt sind, führen als Dienstofflage die Lübeckische Staatsflagge mit einem schräg liegenden, klaren, gelben Anker in der dem Flaggenstange zugekehrten unteren Ecke des roten Streifens. 5. Staatsfahrzeuge der Fischereiaufsichtsbeamten führen im Gebiete der Binnenschifffahrt die unter Ziffer 4 beschriebene Flagge mit den Buchstaben F und A (Fischereiaufsicht) in gelber Farbe, und zwar den Buchstaben F links, den Buchstaben A rechts vom Anker. 6. Die gleichen Dienstofflagen eintretendenfalls mit dem Abzeichen ihrer Verwaltung, führen diejenigen Lübeckischen Staatsgebäude, die ausschließlich den Zwecken der Seeschifffahrt oder der Binnenschifffahrt dienen. Par. 2. Die Flaggen sind auf Schiffen entweder am Heck oder am hinteren Mast, und zwar in der Regel an der Gaffel dieses Mastes, in Ermangelung eines solchen aber am Lopp oder im Mast zu führen. Sie dürfen auch im verkleinerten Maßstabe als Geiß auf dem Bugspriet oder dem Vorsteven geführt werden.

Der Lübecker Mietvertrag

(auf paritätischer Grundlage).

Ein von beiden Interessengruppen anerkannter Mietvertrag ist zur Sicherung des Rechtsfriedens zwischen den Parteien wünschenswert. Die Mieter sind durchaus nicht, wie es ihnen von der Gegenseite vorgeworfen wird, prinzipielle Gegner eines Mietvertrages. Sie sind es nur soweit, als sie mit Recht fürchten, daß jeder Mietvertrag ihre Rechtslage gegenüber dem bürgerlichen Gesetzgeber verschlechtert. Das Einigungsamt hat den Organisationen den Entwurf eines paritätischen Mietvertrages vorgelegt und sie zur mündlichen Beratung eingeladen. Nach mehreren Sitzungen ist jetzt ein Mietvertrag zustande gekommen, der vom Mieterverband seiner Mitgliedsversammlung zur endgültigen Beschlußfassung am Donnerstag, dem 29. Dezember, vorgelegt wird. Die Mieter sollen über diese für die gesamte Mieterchaft höchst außerordentlich wichtige Frage ihr definitives Votum abgeben.

Die Vertreter der Mieterorganisation haben sich bei den Verhandlungen die denkbar größte Mühe gegeben, die Rechte und Interessen der Mieter im Vertrage weitestgehend zu sichern. Als Grundbedingung diente ihnen die Aufrechterhaltung der Mieterrechte des B. G. B. und die Fortwahrung jeglicher Vorrechte der Vermieter. Beides ist, wenn nicht ganz, so doch ziemlich gelungen.

Zunächst bleiben einige bedenkliche Punkte. Die Grundrenten werden die Übernahme kleiner Reparaturen durch den Mieter. Sie ist wohl unbedenklich, wenn der Satz gering und sich der Vermieter verpflichtet, die Wohnung ordnungsgemäß instandzuhalten. Nach Trau und Glanzen ausgesetzt und gehandhabt, kann diese Bestimmung erschwerend auf beide Teile wirken. Sie bereitet die Mitbestimmung der Mieter für die Instandhaltung der Wohnungen vor.

Die Grundrenten werden von den Mietern pflichtgemäß behandelt der vermieteten Räume. Sie fordern das Deckungsverhältnis. Da ist aber das erste Erfordernis, daß der Vermieter die Treppen in einem geordneten Zustande überläßt. Ein außerordentlich schwieriger Punkt ist ferner die zufriedenstellende Regelung der Reinigung des Bürgersteiges von Schnee und Eis.

Es würde zu weit gehen, noch mehr schwierige Einzelheiten hier anzuführen.

Gibt die Mitgliederversammlung des Mieterverbandes dem Vertrage ihre Zustimmung, so kann er Mieter und Vermieter dahin ergeben, den vorhandenen Wohnraum als Allgemeinut anzusehen, das zu erhalten jeder einzelne verpflichtet ist.

Dann leistet er der Lübecker Bevölkerung in ihrer Gesamtheit gute Dienste.
R. Mauer mann, Sekretär des Mieterverbandes.

Achtung, Bürgerchaftsfraktion! Freitag abend, 7 Uhr, Sitzung im Rathaus. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

Achtung! Die noch nicht abgelieferten Sammellisten für den Wahlfonds müssen bis Sonnabend, den 31. Dezember, im Parteisekretariat, Johannisstr. 50, abgerechnet werden.

Ein alter Kämpfer gestorben. Mit Detlef Westphal ist einer unserer alten Kämpfer dahingeshieden. Schon unter dem Schandgesetz Mitglied eines Fachvereins, schloß er sich der Sozialdemokratie an, der er bis an sein Lebensende treu diente. Der Lübecker Parteil gehörte Westphal seit 32 Jahren ununterbrochen an. Er erreichte ein Alter von 82 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Was soll unser Sohn oder unsere Tochter lernen? Die Entscheidung hierüber ist heute nicht leicht. Ueberall spielt der Verdienst eine große Rolle. Mancher, der gern bei der Arbeit einen Stehtragen tragen möchte, muß sich sagen, daß er dort nicht genug verdient. Mit Vorliebe wurde Friseur oder Friseurin gelernt. Der Friseurberuf ist überfüllt, die Lehrlingszahl überaus groß. Die Abwanderung im Berufe ist groß. Die Gründe hierfür sind, daß jeder jüngere Arbeiter heute mehr verdient, als ein verheirateter Friseurgehilfe. Beim letzten Streit kämpften die Gehilfen 7 Wochen um 20 Mark wöchentliche Zulage! Die Friseurin 13 Wochen um den Abschluß eines Tarifes und bessere Löhne. Lehrlinge erhalten heute noch pro Woche eine Entschädigung, wozu die Eltern knapp ein Brot kaufen können. Es sind wirklich traurige Zustände in diesem Berufe. Bis zu 4 weisliche Lehrlinge werden in einem Betriebe beschäftigt. Und die Entlohnung nach 3jähriger Lehrzeit beträgt zum Teil per Monat nur 300 Mark ohne Kost und Logis. Das Höchstgehalt ist bei 5-jähriger Lehrzeit 650 Mark. An diesen Zuständen tragen die Eltern der Friseurkinder einen Teil schuld. Die Friseurgehilfen haben durch ihre starke Organisation ein etwas besseres Dasein, doch langt auch deren Einkommen nicht zur Bezahlung der notwendigen Lebensbedürfnisse. Hat ein Lehrling heute ausgerechnet und schließlich Stellung gefunden, so bekommt er per Woche ohne Kost und Logis 242,50 M.; mit 20 Jahren 260 M., Verheirathete 267,50 M. Allen Eltern und Kindern legen wir ans Herz, lernen einen Beruf, der Euch Vorteile bietet. Das Selbständigwerden ist heute schwer. Daher hängen viele alte Gehilfen ihr Geschäft an den Nagel und suchen sich andermittigen besseren Verdienst. Sie haben also vergeblich 3 Jahre gelernt! Den Friseurn ergeht es nicht viel besser. Entweder heiraten oder allein kärglich weiterleben und arbeiten. Wir rufen Euch deshalb zu: „Erf mag's, dann wag's!“ — An alle Berufsgenossen aber richten wir den Appell: Hinein in den Verband, der Eure Interessen vertritt. Eine Lehrlingsabteilung wird veruchsweise Ende Januar gegründet.

Arbeiterverband des Friseur- und Haargewerbes, Zweigstelle Lübeck.

Rationalistischer Unfug. Auf dem Ehrenfriedhof hatte der Reichsbund der Kriegsschadigten am Sonntag zur Ehrung der Gefallenen einen großen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife niedergelegt. Diese Farben der Republik sind bekanntlich den Monarchisten sehr ungemut, unablässig wird gegen sie gekämpft. Ja, diese Helden scheuen sich nicht, sogar an geweihter Stätte den größten Unfug zu treiben. Zunächst wurde auf dem Ehrenfriedhof die schwarz-rot-goldene Schleife von dem Kranze mehrfach abgerissen. Man fand sie später in der Heide und ein anderes Mal in einem für Papier und Abfälle dort aufgestellten Korb wieder. Nach abermaliger Befestigung ist die Schleife nun völlig verschwunden. Man sieht also, daß gewisse Eiferer im Kampfe um Schwarz-Rot-Gold selbst vor Friedhofsbefleckungen nicht zurücktreten.

Von der Schifffahrt. Zu Seereisen nach Nord- und Südamerika bietet der Norddeutsche Lloyd, der nach Brasilien und Argentinien im November ds. Js. wieder einen eigenen Postagendienst eröffnet hat und im Februar 1922 auf seine vor dem Kriege annähernd sechzig Jahre lang betriebene Linie Bremen—Neuport wieder eröffnen wird, jetzt von neuem Gelegenheit. Besondere sei darauf hingewiesen, daß die Unterbringung der Passagiere 3. Klasse auf den Lloyddampfern

Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

38. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Spüßt du was?“ fragte Habrecht. „Als ich das hörte, grüßte das Gespenst mich an, von dem ich im Anfang gesprochen habe. Wäre ich gewesen wie einer, der nichts gut zu machen hat — hätte ich nicht zu gut machen wollen, wäre meinen geraden Weg einfach und schlicht gegangen, unbekümmert um fremde Wohlmeinung. . . . Noch eins! Sie sind dort noch viel rabiatier schrecklicher als hier, mein deutscher Name verdroß sie. Sie haben bei mir deutsche Gesinnungen gesucht, bei mir, dem die Erde eine Stätte der Drangsal ist und jeder Mensch ein mehr oder minder schwer Geprüfter! Ich werde einen Unterschied machen, ich werde sagen: am Wohlergehen dessen, der drüben am Bach zur Welt gekommen, liegt mir mehr als am Wohlergehen dessen, der drüben gehört worden ist. . . . Es gibt eine Nation, ja, eine, die leidet, die führt, die vorankommt; alle tüchtigen Menschen — aber anzu gehören wäre ich stolz. . . . Was jeden anderen Nationalitätsstolz betrifft, — er greift sich an den Kopf und lachte, „Nartheit, unwürdig des Jahrhunderts. Das ist mein Gefühl. . . . Gefühl auch mein Name? Habrecht nicht — sagte ich, nennt mich Wampar, mir gilt das gleich. . . . Nun, damit daß ich bereit war, ihnen auch in der Sache nachzugeben, damit hab ich's ganz verschüttet. Jetzt war ich ein Spion, der sie kitzeln wollte, Gott weiß, in welchem Interesse. Und jetzt trat ich auf Schlangen bei Tritt und Schritt. Zuletzt konnte ich beim Bäcker kein Stück Brot mehr bekommen für mein gutes Geld und bei der Bäckerin keinen Apfel. . . . O, die Menschen, die Menschen! man muß sie lieben — und will ja — aber manchmal graut einem. Es graut einem sogar sehr oft.“

Die Erinnerung an das jüngst Erlebte drückte ihn nieder, er blieb eine Weile still. Bald jedoch gewann seine unverwundliche Lebhaftigkeit die Oberhand, und neuerdings ließ er den Strom seiner Rede sprudeln und vergaß, von ihm hingerissen, auf die Begriffsfähigkeit seines Zuhörers Rücksicht zu nehmen. Pabels Interesse für die Auseinandersetzungen seines alten Gönners hatte große Mühe, sich dem mangelhaften Verständnis gegenüber, das er ihnen bieten konnte, zu behaupten.

Die letzte Prüfung, die Habrecht bestanden hatte, war bitter, aber kurz gewesen. Ein Freund, ein einstiger Schulkamerad, mit dem er in fester Verbindung geblieben war, erschien eines Morgens bei ihm als Ernter aus aller Wein und Not. Zwischen den Schicksalen beider Männer bestand eine gewisse Ähnlichkeit, und es war die außerordentliche Uebereinstimmung ihrer Sinnesart, die ihren Seelenbund trotz jederlei Trennung aufrecht erhalten hatte. Sie beschloßen in der ersten Stunde des Wiederlebens, die Fortsetzung des Lebenskampfes Seite an Seite auf-

zunehmen. Für die Mittel, sich auf das von ihnen gewählte Schlachtfeld zu begeben, sorgte der Freund, sorgten die Freunde des Freundes. Diese lebten in Amerika in Wohlhabenheit und Ansehen und gehörten zu den eifrigsten Aposteln einer „ethischen Gesellschaft“, deren Zweck die Verbreitung moralischer Kultur war und die täglich an Anhang und Einfluß gewar.

„Bekannter einer Religion der Moral nennen sie sich,“ rief Habrecht; „ich nenne sie die Entzüncker und Hüter des heiligsten Feuers, das je auf Erden brannte, und dessen Licht bestimmt ist, auf dem Antlitz der menschlichen Gemeinde den Widerschein einer reinen, bisher fremden Frömmigkeit wahrzunehmen. . . . Ihre Frömmigkeit ist zu mir geborgen in Gestalt eines Buches, dergleichen noch nie eines geschrieben wurde. . . . O lieber Mensch! ein Wunderbuch und hat bei mir keine Chance das ausgefohlen, was du einflücht, du Tor, ein Hergebrachtes nennst. . . . Ich folge der Botschaft; ich gehe hinüber, etwas zu suchen, das ich verloren und ewig vermisst habe: eine Anführung mit dem Jenen. Eines von beiden brauchen wir, wir armen Erdentinder, ein — wenn auch noch so geringes — Wohlergehen oder einen Grund für unse Leben; sonst werden wir traurig, und das ist eines Völkern unwürdig.“

Hier unterbrach ihn Pabel zum ersten Male: „Ist Traurigkeit unwürdig?“

„Durchaus. Traurigkeit ist Stille, ist Tod; Heiterkeit ist Regsamkeit, Bewegung, Leben.“ Er blieb vor dem Tische stehen, sah Pabel forschend an und sprach: „Sie fehlt dir noch immer, die Heiterkeit, du bist nicht munterer geworden. . . . Und wie geht es dir im Dorfe?“

„Besser,“ erwiderte Pabel.

„Das läßt sich hören. Seit wann denn?“

„Seitdem ich es ihnen einmal gelast und gezeigt habe.“

„Gelast, o! — gezeigt, o, o! . . . Wie gezeigt? Hast sie geprügelt?“

„Fürchterlich geprügelt.“

„Ei, ei, ei!“ Habrecht machte ein bedenkliches Gesicht und krouzte die Arme. „Nun, lieber Mensch, Prügel sind nicht schlecht, aber nur für den Anfang, durchaus nur! und überhaupt nie mehr als ein Palliativ. . . . Salbader freilich verstehen von Radikalismen nichts, leugnen darum auch, daß es solche gebe. Sei kein Salbader!“ schrie er den erkaunten Pabel an, der sich nicht einmal eine ungefähre Vorstellung von dem machen konnte, was damit gemeint war.

Und nun forderte Habrecht ihn auf, zu sprechen: „Ich habe dir meine Generalbeichte abgelegt, laß mich die deine hören.“ Er begann ihn auszufragen, verlangte von dem Tun und Lassen seines ehemaligen Schütlings genaue Rechenschaft und erhielt sie, so rasch die Ausurfragen, Betrachtungen und guten Ratsschläge, mit denen er Pabel fortwährend unterbrach, es erlaubten. Dem aber war das ganz recht, fürte ihn nicht mehr, als das Geräusch eines murmelnden Baches getan hätte, und gab ihm Zeit, nach jedem Satze seine Gedanken zu sammeln und einen

passenden Ausdruck für sie zu suchen. Endlich hatte er ja doch sein fest verschlossenes, übervolles Herz in das seines wunderlichen Freundes ausgeschüttet.

Sie befanden sich beide in feierlicher Stimmung. Der alte Mann legte dem jungen die Hände aus Haupt und sprach einen warmen Segen über ihn.

„Der Vernunft und deiner Nährmutter, der Gemeinde nach,“ schloß er, „hätte ein schlechter Kerl aus dir werden müssen; statt dessen bist du ein tüchtiger geworden. Mach so fort, schlag ihnen ein Schnippchen ums andere, arbeite dich hinauf zum Bauer. Werde ihr Bürgermeister.“

Pabel machte größere Augen als je in seinem Leben und sah den Lehrer mit einem zugleich stolzen und ungläubigem Lächeln an. Habrecht nickte haftig.

„Ja, ja! und wenn du's bist, dann zahl ihnen mit Gutem heim, was sie Wehles an dir getan haben.“

Der Abend brach an, die Stunde der Abfahrt nahte, und Habrecht wurde von fieberhafter Unruhe ergriffen. Er forderte seine Rechnung, bezahlte, kiennte den Besitzungen des Wirtes, daß es zum Aufbruch viel zu früh sei, kein Gehör, verließ das Haus und schlug, von Pabel gefolgt, der das Kofferchen, den Pelz und den Sack trug, im Glimmer den Weg zum Bahnhof ein.

Als er dort anlangte und fragte, ob er noch zurecht komme zum Abendzuge nach Wien, wurde er, ausgelacht, was ihn betäubigte.

Ein heftiger Sturm hatte sich erhoben und schüttelte die vor dem Stationsgebäude gepflanzten Magnetenbäume, daß es ein Erbarmen war; aus den grünen, jagenden Wolken regte kalter Strichregen nieder. Habrecht achtete dessen nicht und setzte seinen ehrwürdigen Frack, den er auch zu dieser Reife angelegt hatte, schonungslos den Unbilden der Witterung aus. Nur seinem grünen, langhaarigen Zylinder gewährte er den Schutz eines über ihn gebreiteten und unter den knöchelförmigen Krampeu bestickten Taschentuches und pendelte so neben Pabel auf dem Perron hin und her und sprach ohne Unterlaß.

Nachdem die Kasse eröffnet worden und er ein Billett gelöst hatte, konnte keine Ungeduld keine Grenzen mehr. Er zog seine Uhr, der des Bahnhofes traute er nicht. Zehn Minuten noch. . . . möglicherweise konnte aber der Zug gerade heute um fünf Minuten früher eintreffen, und da man dann in fünf Minuten scheiden mußte, warum nicht lieber gleich? Er bat Pabel inständigst, beimzugehen, sich feinewegen nicht länger aufzuhalten. Vorher aber zwang er ihn noch, fast mit Gewalt, seine Uhr anzuschauen.

„Ich brauche sie nicht mehr, mein Freund hat eine. Denn nach; wenn immer auf zwei Menschen eine Uhr käme, was wäre das für ein günstiges statistisches Verhältnis! — Leb wohl, geh jetzt.“

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaften.

Die Arbeitslosenfrage beschäftigte neuerdings den Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Späher berichtete, daß die Regierung beabsichtigt, einen Entwurf zu einem Notgesetz einzubringen, wonach jeder beschäftigte Arbeiter wöchentlich 1 Mk. Beitrag zu einer Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit zahlen soll. Ferner sollen die Unternehmer für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter wöchentlich 1 Mk. zahlen, und eine dritte Mark soll das Reich zuschießen. Sodann soll ein Gesetz ausgearbeitet werden, dessen Inkrafttreten sechs Monate später als der Beginn der Beitragsleistung gedacht ist. Im Anschluß daran entspann sich eine lange und lebhafte Aussprache, in der fast alle Redner darauf warteten, sich für das Notgesetz zu erklären, ohne daß man weiß, wie nachher das Arbeitslosengesetz aussehen wird. Auch mußte der Arbeiterstaat selbst Gelegenheit gegeben werden, sich darüber zu äußern. Die Arbeiterstaat müsse sich nicht immer mit dem „revolutionären Endziel“ beschäftigen, sondern mehr mit sozialpolitischen Vorlagen. Andere Redner lehnten die Beitragsleistung der Arbeiter ab und wollten, daß zunächst die Unternehmer gehalten werden, aus ihren jetzigen großen Gewinnen Rücklagen für die kommende Zeit zu machen, aus denen die Arbeitslosen zu unterstützen seien. Diesem wurde entgegengehalten, daß man auch Vertrauen zu dem Einfluß der sozialdemokratischen Parteien im Reichstage haben müsse, und daß diese einem Gesetz nicht zustimmen würden, das den Forderungen der Gewerkschaften nicht entspricht. Der Ausschuss beschloß zunächst gegen drei Stimmen grundsätzlich keine Zustimmung zu einer Arbeitslosenversicherung. Ferner erklärte er sich in seiner Mehrheit für Selbstverwaltung und Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Hausangestellten.

Aus aller Welt.

Giftmord am Weihnachtsabend. Am Weihnachtsabend wurde der Arbeiter Zabel in seiner Wohnung in Berlin tot aufgefunden. Wie die Ermittlungen bald ergaben, war er von seiner eigenen Ehefrau mit Rattengift getötet worden. Frau Zabel wurde noch am Heiligabend in Haft genommen, trotzdem sie die Tat bestritt. Am Abend des ersten Feiertags legte sie dann ein umfassendes Geständnis ab. Sie hatte Rattengift zwischen Rokokohöl getan.

Revisionssgesuch gegen das Urteil im Kleppelsdorfer Mordprozess. Wie der Lokalanzeiger aus Hirschberg meldet, wird Justizrat Dr. Ullrich als Vertreter des wegen des Kleppelsdorfer Mordes zweimal zum Tode verurteilten Architekten Peter Gruppen heute beim Reichsgericht Revision gegen das Schwurgerichtsurteil einlegen. Die Begründung der Revision wird sich auf das gesamte Verfahren erstrecken, also auch auf die Verurteilung zu 5 Jahren Zuchthaus, die wegen Sittlichkeitsverbrechen an der Stiefsohner erfolgte.

Eine neue Residenz Karls von Habsburg. Ein englischer Lord hat dem Erz-Kaiser Karl ein Schloss auf der Insel Wight als Wohnsitz angeboten. Karl hofft, im Frühjahr die Erlaubnis zu bekommen, dorthin zu übersiedeln.

Ein Unterwachtmeister mit 850 000 Mark durchgebrannt. Aus Berlin wird gemeldet: Der Unterwachtmeister bei der Schutzpolizei Ziegler ist seit Donnerstag voriger Woche verschwunden. Wie die Ermittlungen ergaben, hat er der Polizeihauptkasse Schecks entwendet, diese auf hohe Summen gefälscht und bei den verschiedenen Banken einliefert. Bisher konnte festgestellt werden, daß er insgesamt 850 000 Mark auf diese Weise erbeutet hat, jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß sich diese Summe noch beträchtlich erhöhen wird.

Heimkehrer aus Avignon. Am zweiten Weihnachtsfeiertag sind 19 deutsche Kriegsgefangene aus Avignon zurückgeführt und über die Rheinbrücke von Ludwigshafen kommend in Mannheim eingetroffen. Ein Vertreter der Stadt Mannheim hat die Zurückgeführten von der französischen Behörde übernommen. In der alten Heimat wurde ihnen ein herzlichster Empfang bereitet.

Bahnhofskrand in Butarejt. Der Nordbahnhof ist abgebrannt. Der Schaden wird auf zehn Millionen Lei geschätzt. Mehrere Personen wurden verletzt.

Dampferuntergang bei Kronstadt. Die lettische Telegraphenagentur meldet, daß am 9. Dezember nahe Kronstadt der estländische Dampfer „Sarcmaa“ untergegangen ist. Von der Besatzung und den Passagieren sind im ganzen 23 Personen ertrunken; der Ladungswert betrug 20 000 000 Mark. Der starke Sturm hatte den Dampfer auf ein Riffenfeld getrieben. Ein russischer Bugjerdampfer schleppte ihn ins freie Fahrwasser und rannte ihn später in voller Fahrt an. Die Rätebehörden haben den Vorfall bisher verschwiegen.

Bolschewistische Seeräuber? Das dänische Konsulat in Riga hat eine Warnung an die dänischen Schiffsfahrtskreise gerichtet, bis auf weiteres kein Schiff nach Rußland abgehen zu lassen, da in letzter Zeit eine Anzahl Schiffe auf geheimnisvolle Weise verschwunden sind. Man vermutet, daß sie von dem der Sowjetregierung gehörigen Eisbrecher „Ginge“ geplündert und mitsamt der Mannschaft versenkt worden sind.

31 Personen getötet. Nach einer Newyorker Depesche sind bei einem Wirbelsturm im Mississippi 31 Personen getötet und 70 verletzt worden.

Neue Bücher.

Von der „Neuen Zeit“ ist loben das 13. Heft vom ersten Band des 40. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der englisch-irische Vertrag. Von Heinrich Cunow. — Ein Moratorium für Deutschland. Von Arthur Heichen. — Grenzlandpolitik. Von Herbert Lepère. — Notwendige Änderungen der ehelichen Rechtsgrundlagen. Von Dr. Sophie Schäfer (Münster). II. (Schluß). — Waisenhaus- oder Familienpflege? Von Eduard Gräf. — Hans Nikolaus Kraus. Ein Erinnerungsblatt an den ersten Feuilletonredakteur der Parteipresse. Von Ludwig Lehen. — Literarische Rundschau: Friedrich Müllers, Friedrich Kiehl und der Zusammenbruch der Kultur. Karl Strecker, Kiehl und Strindberg. Von Franz Lauffötter. Von unten auf. Ein neues Buch der Freiheit. Gesammelt von Franz Dieberich. Von M. Schipmann. A. Baumeister. Die Gewerkschaften und die Internationale Arbeitsorganisation. Von H. Behringer.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 1,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 Mk. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Steckenpferd-Buttermilch-Seife
die beste Kinderseife

Alle diese Volksgenossen sollten sich nun gegenwärtig halten, daß sie in der deutschen Heimat wenigstens fester Boden unter den Füßen haben, den die Fremde ihnen nicht bietet, mögen es auch die verhältnismäßig deutsch-freundlichsten der südamerikanischen Freistaaten sein. Die sicherste Daseinsgewähr hat heutzutage unstreitig der Arbeiter. Aber nicht nur im Auslande, sondern auch in Deutschland selbst, in dessen Innenpolitik bekanntlich die Organisierung einer großzügigen Siedlungspolitik geplant ist.

Übercker Notgeld. Die Gültigkeit sämtlicher von der Stadtkasse ausgegebenen Notgeldscheine zu 50 und 20 Pfennig wird bis zum 15. März 1922 verlängert.

Mittwöchentliche Renten werden künftig am 1. eines jeden Monats (im Januar am 2.) nicht mehr gezahlt. Wer seine Rente rechtzeitig haben will, hole sie am Hauptzahltag, am 29., in der Zahlstelle, Braumstraße 5 ab.

Die Zentrale für private Fürsorge ist wegen Personal-erkrankung gezwungen, ihre Mittagsstiche bis einschl. 2. Januar zu schließen.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Santheater. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr „Das Milliardenjournee“. Donnerstag 7 1/2 Uhr „Ein Walzertraum“. Zum Silvesterabend ausnahmsweise Anfang 7 Uhr wird „Das Fräulein vom Amt“ zum ersten Male gegeben.

Angrenzende Gebiete.

Cutin. Ueber die Stellung der Lehrer des Landesteiles Lübeck zur Arbeitslosenfürsorge schreibt der Vorsitzende des Landes-Lehrervereins in der Pädag. Rundschau folgendes: Herr Regierungsrat Friedrichsen-Cutin hielt dem Lehrerausschuß in seiner letzten Sitzung einen Vortrag über die auch bei uns geplante Einführung des Sarburger Systems. Der Lehrerausschuß erklärte sich bereit, bei der Lehrerschaft für eine Beteiligung bei der Aufbringung der Mittel einzutreten. Ein darin zielender Antrag wird der ordentlichen Hauptversammlung zugehen. Eine Beteiligung unsererseits dürfte eine Selbstverständlichkeit sein. Ich glaube nicht, daß nach dieser Seite Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Wohl aber wird sich über die Höhe der Zahlung eine Aussprache nicht vermeiden lassen. Da in diesen Tagen schon mit dem Einammeln der Beträge begonnen werden soll, bitte ich, jede Aufgabe einer Erklärung abzulehnen, bis die Hauptversammlung gesprochen hat. Wir dürfen in dieser Frage nicht als Privatperson handeln, sondern müssen als Gewerkschaft geschlossen vorgehen. Graage.

Cutin. Landesauschuß vom 24. Dezember. Die Versammlung steht unter dem Weihnachtsdruck: Friede auf Erden, obwohl der Deutschhau. Kohlhaas glaubt, der sozialdemokratischen Fraktion den Rat erteilen zu müssen, sie solle dafür sorgen, daß in Zukunft sich einzelne Mitglieder nicht wieder so „innigste“ Angriffe zu schulden kommen lassen. Angenommen wird der Antrag, den Landesvorstand zu ersuchen, jede Ueberschreitung des Vorschlages seitens der Beamten ohne ausdrückliche Genehmigung des Landes-Ausschusses zu verhindern. Aus der Debatte ergibt sich, daß der Landesvorstand, wie schon oft geflagt worden ist, seitens der Regierung und der Ressortbeamten über viele Dinge nicht gehört wird, für die er kompetent ist. So ist z. B. dem Landes-Vorstand nie das im § 17 der Gem.-Ordn. geforderte Kontrollrecht vorgelegt worden, so hat der Bauat die Millioner-Übertragungen beim Chausseebau nicht gemeldet, so sind trotz des Unter-Ausschusses für 200 000 Mark Chausseebäume angeschafft u. dergl. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Arbeit und Stellung des neuen Landesvorstandes ganz neu aufgezogen werden muß, er muß ein Landes-Ausschuß im kleinen mit Kontrollrecht werden — wenn die Regierung will! Der Vorschlag wird mit der beantragten Änderungen angenommen. — Einiges über die Getreidebewirtschaftung: Blohm-Whrensboß als Fachmann: 41 Mark für den Saft als Bewirtschaftungslohn sind zu teuer, der Privatmann würde für diesen Saft wegen Wüchters belangt werden; in Cutin stimmt etwas nicht. Er habe schon 1915—16 gewarnt, man solle nicht einzelne Händler so begünstigen. Bureau direktor Streckmann rechtfertigt den Landesverband und erklärt, daß z. B. allein in Neustadt 10 000 Saft Lagern, die an Lagerungsgeld jährlich 200 000 Mark kosten!!! Hinsichtlich der Brotfarsen-Verwindelungen wird auf Betragen erklärt: Gegen Dreiskamp hat der Staatsanwalt das Verfahren eingeleitet. Friedrichs ist zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Bäcker in Rensfeld und zwei Bäcker in Cutin nebst ihren Frauen sind zu 1500 Mk. Geldstrafe verurteilt, doch hat der Staatsanwalt wegen zu niedriger Strafbemessung Berufung eingelegt. Den Schluß bilden kleinere Vorlagen betr. den neuen Friseurhaken in Riendorf. Abschaffung der Wirtschaftskognition usw.

Cutin. Kein Gas. Nach einer amtlichen Bekanntmachung muß die Gasabgabe wegen Kohlenmangels bis auf weiteres eingestellt werden.

Hamburg. Eine schöne Weihnachtsbescherung. Ein holländischer Steuermann beabsichtigte das in Wambek wohnende Kontrollmädchen B. zu ehelichen. Er hatte etwa 150 000 Mk. erspart, von denen er eine Aussteuer von 100 000 Mk. anschaffte. Da er die B. seit 18 Monaten kannte, glaubte er die Sachen bei ihr sicher; am Heiligabend jedoch kam die Bescherung: die B. war ausgeflogen samt Aussteuer und 40 000 Mk., die der Freier bei ihr aufbewahrt hatte. — Er flogen fand man vor dem Eingangstor der Werft von Blohm & Voß einen Engländer auf. Ermittlungen ergaben, daß es sich um den Matrosen Maloff, der an Bord des Dampfers „Guden“ bedienstet war, handelt. Er soll von zwei Unbekannten überfallen worden sein. Man ist bereits auf der Spur der Täter.

Hamburg. Rettungstakt einer deutschen Seemannschaft. Unter den schwierigsten Umständen vollzog sich bei dem letzten Unwetter die Rettung der Mannschaft des gesunkenen englischen Motorschiffes „Mary Annie“ durch den deutschen Dampfer „Wigbert“. „Mary Annie“ war mit Kohlen von Newcastle nach Bliffingen unterwegs. Ehe es diesen Hafen erreichen konnte, erlitt es im schweren Wetter Maschinen Schaden und wurde fest. Zwei Tage hindurch trieb es hilflos umher, schließlich mehr sinkend. Mittwoch früh hatte es ungefähr die Höhe 20 Seemeilen westlich von Zwickellung-Feuerschiff erreicht, als endlich in der letzten Vormittagsstunde ein Dampfer seine gefährliche Lage wahrnahm und sich unverzüglich näherte. Es war der deutsche Dampfer „Wigbert“. So nahe als die unruhige See gestattete, kam der deutsche Dampfer an das dem Untergang nahe Schiff heran. Nach langen vergeblichen Versuchen gelang es endlich, ein Tau hinüber zu bekommen, und nun konnte die Besatzung an Bord des „Wigbert“ geborgen werden. Unter unglücklichen Mühen und großer Gefahr hatte die tapfere Mannschaft des deutschen Schiffes volle vier Stunden hindurch die Rettungsaktion ausgeführt. Unmittelbar nach der Rettung des letzten Mannes sank das Schiff. Der Kapitän Callata und seine getretete Mannschaft überlebten sich dem englischen Generalkonvul in Hamburg, der sich ihrer nach der Rettung annahm, außerordentlich anerkennend und lobend über das Verhalten der deutschen Seemannschaft und über die herrliche Aufnahme auf dem „Wigbert“. — Im Hamburger Hafen befinden sich seit einigen Tagen drei Bolschewikendampfer, zwei zwar „Argon“ mit Albed, Jellen und Stilkut, und „Rallion“ und „Ruffanow“. Die beiden letztgenannten sind in Besitz von England gekommen und befinden sich in sehr mangelhaftem Zustand, so daß sie hier in Reparatur gehen müssen. Im Gegenstand zu der bisherigen Gefährdung ist der Besatzung von beiden Schiffen der Verkehr am Land völlig freigegeben.

leht nicht mehr im offenen Zwischenbed, sondern in Kammern zu 2-8 Personen erfolgt, so daß ganz Familien oder auch Freunde und Bekannte auf Wunsch gemeinsam in einer Kammer untergebracht werden können. Diese Neuerung bedeutet zweifellos einen großen Fortschritt in der überseeischen Passagierbeförderung, die sicher von allen Reisenden gewürdigt werden wird. Die Verpflegung auf den Dampfern des Norddeutschen Lloyd ist die denkbar beste und so mannigfaltig wie möglich. Die Zubereitung der Speisen ist ausgezeichnet, ihre Zuteilung reichlich. Die Mahlzeiten werden jetzt von allen Passagieren gemeinsam in einem großen Speisesaal an lauber gedeckten Tischen eingenommen, wo ihnen die Speisen durch Stewards aufgetragen werden. — Die kurzen Innagen dürften schon als Beweis dafür gelten, wie sehr der Norddeutsche Lloyd darauf bedacht ist, jeht beim Wiederaufbau seiner Flotte, die Passagierdienstleistungen auf seinen Schiffen so zeitgemäß wie möglich zu gestalten und damit auch den Reisenden den Aufenthalt an Bord so angenehm wie möglich zu machen! Hierzu dürften auch die jetzt in der 3. Klasse vorhandenen Rauch- und Damenzimmer wesentlich beitragen. Wie die Wälder melden, strandete bei Kangas der Lübecker Segler „Lulle“ und unweit Hundes der Lübecker Segler „Emil“. Ein Rettungsboot ließ sich vom Lande ab und brachte die Besatzung in Sicherheit. Da die Segelschiffahrt meist ruht, kommen diesmal nicht so viele Hochposten.

Zugbeschränkung auf der Mecklenburger Bahn. Wegen kleinerer Kohlenlage sollen zwischen Lübeck und Bad Kleinen folgende Personenzüge aus: ab Donnerstag, den 29. d. Mts. der Zug Nr. 917 Lübeck ab 9 1/2 abends, ab Freitag, den 30. d. Mts. der Zug Nr. 334 Lübeck an 7 30 morgens. — Ferner fallen im Bezirk der Eisenbahn-Generaldirektion Schwerin aus: ab Donnerstag, den 29. d. Mts. die Züge Nr. 38 Wismar-Bad Kleinen, Bad Kleinen an 10 30 abends, Nr. 45 Rostock-Sagenow, Bad Kleinen an 11 30 abends, Nr. 89 Schwerin-Wismar, Bad Kleinen an 11 30 abends, ab Freitag, den 30. d. Mts. die Züge Nr. 21 Bad Kleinen-Wismar, Bad Kleinen ab 5 30 morgens, Nr. 39 Sagenow-Rostock, Bad Kleinen an 5 30 abends, Nr. 80 Wismar-Schwerin, Bad Kleinen an 5 30 morgens.

Bezirkskonferenz der Afa-Ortskartelle für Schleswig-Holstein. einschließlich Hamburg, Lübeck usw. Der Vorstand des Afa-Ortskartells Groß-Hamburgs lädt alle Ortskartelle bezw. Ortsgruppen der angegliederten Verbände zu einer am Sonntag, dem 15. Januar 1922, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Hamburg, stattfindenden Bezirkskonferenz ein. Tagesordnung: 1. Die nächsten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik. Referent: Koll. Aufhäuser, vom Afa-Bundesvorstand-Berlin. 2. Die bezügliche Zusammenfassung der Afa-Kartelle. Berichterstatter: Kollege Andrej-Hamburg. 3. Verschiedenes. Die Afa-Ortskartelle und diejenigen Ortsgruppen von Afa-Verbänden, in deren Bereich ein Kartell noch nicht besteht, werden ersucht, Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden.

Maschinenfabrik Beth A.-G. in Lübeck. Unter diesem Namen wurde die im Jahre 1857 gegründete Maschinenfabrik W. K. O. Beth durch die Lübecker Privatbank in Lübeck in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 6 Millionen Mark umgewandelt. Zum Mitglied des Vorstandes wurde der Werbesührer Wilhelm Beth bestellt, zum stellvertretenden Mitgliede des Vorstandes Hauptmann a. D. Straus. Den ersten Aufsichtsrat bilden Philipp Mariens (Direktor der Lübecker Privatbank), Heinrich Thiel (Direktor der Straus- und Emailierwerke von Carl Thiel & Söhne A.-G.), Dr. Moritz Neumark (Generaldirektor des Lübecker Hochenergie-Herrenhof) und Robert Kuhnert (Direktor der Lübecker Maschinenbau A.-G.)

Neuerungen im Weltpostverkehr. Der Weltpostverkehr erfährt am 1. Januar eine Reihe von wichtigen Änderungen durch die Einführung der neuen Weltpostvereinverträge. Postlagernde Sendungen müssen den Namen des Empfängers tragen. Buchstaben, Ziffern, Vornamen oder Zeichen sind nicht zulässig. Briefe dürfen nicht mehr als 2 Kilo wiegen. Für eingeschriebene Briefe sendungen können jetzt Henscherbrüsumschläge verwendet und die Aufschrift mit Rintenschrift geschrieben werden. Auf Postkarten sind Aufklebungen zulässig, wenn sie aus Papier oder aus einem anderen sehr dünnen Stoff bestehen und der ganzen Fläche nach auf die Rückseite oder den linken Teil der Vorderseite befestigt sind. Druckzeichen dürfen 45 Zentimeter, bei Rollenform 75 mal 10 Zentimeter nicht überschreiten. Nicht mehr zulässig sind darin die Angaben in Einladungs- und Einberufungsarten; neu zugelassen ist eine handschriftliche Widmung auf literarischen oder künstlerischen Erzeugnissen usw. Als Geschäftsbriefe gelten auch Schülerarbeiten. Verboten sind eine größere Zahl von Warenproben zur Umgehung der Zollgebühren, unzüchtige oder unästhetische Gegenstände usw.

Neujahrskarten als Drucksaften dürfen nach der Postordnung neben dem gedruckten Inhalt, der solche Karten als Neujahrskarten kennlich macht, auch handschriftlich: Zusätze erhalten, nämlich: Namen, Stand, Wohnort, Wohnung des Absenders (oder auch mehrere Absender), Angaben des Datums und höchstens fünf Worte (oder die üblichen Anfangsbuchstaben solcher fünf Worte), die Größe, gute Wünsche, Glückwünsche; und derartige allgemeine Redewendungen, nicht aber bestimmte Nachrichten (wie z. B. Mitteilung über Zukunft oder Absicht usw.) darstellen. Voraussetzung ist aber immer, daß diese Karten zweifelsfrei als Neujahrskarten nach Form und Inhalt zu erkennen sind.

Wahrigen ist Betrug. Das Wahrigen hat das Reichsgericht für Betrug erklärt in einer Entscheidung, die jetzt den Oberlandesgerichten mitgeteilt wird. In dem Falle hatten die Kunden des Wahrigen selbst erklärt, daß sie sich nur einen Scherz machen wollten und dafür das Geld gegeben hätten. Sie hätten gar nicht an die Falschheit des Angeklagten geglaubt. Das Landgericht hatte trotzdem verurteilt Betrug angenommen. Auch das Reichsgericht erklärte den Tatbestand des verurteilten Betrages für einwandfrei festgestellt. — Es gibt leider immer noch Dumme, die auf den Schwindel hereinfallen.

Warnung vor planloser Zuwanderung ungelerner Arbeitkräfte nach Rheinland-Westfalen. Nach behördlichen Mitteilungen hat in der letzten Zeit der Zustrom ungelerner Arbeiter für den Bergbau und die Industrie Rheinland-Westfalens einen sehr großen Umfang angenommen. Da die Betriebe des rheinisch-westfälischen Industriegebietes nicht mehr in der Lage sind, größere Massen ungelerner Arbeiter aufzunehmen, und die planlos Zuwandernden in den meisten Fällen infolge dessen gezwungen sind, wegen Mangels an Arbeit in ihre Heimatgemeinden zurückzukehren, wird vor dem planlosen Zustrom nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet zwecks Ersparrung von unnötigen Geldausgaben dringend gemerkt. Arbeitswillige wollen sich im eigenen Interesse in jedem Falle an den zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis wenden.

Warnung vor Auswanderung. Das Reichswanderungsamt kehrt sich gegen erneute Warnung vor Auswanderung veranlaßt. Mithilote Auswanderer könnten in fremden Lande in die schwerste Notlage kommen, da geldliche Reichsmittel zur Unterstützung deutscher Reichsgeldbesitzer im Auslande wegen ununterbrochener Währungsverhältnisse nur in ganz geringen Grenzen zur Verfügung stehen, andererseits aber die Hilfslosigkeit der im Auslande bereits anwesenden Deutschen schon hier in Anspruch genommen ist. Diese Warnung verdient durch die Presse weitestgehend verbreitet zu werden, denn den Fällen eigener Auswanderungsgewinnlicher Heimatwanderer können noch häufigere von Verführern durch gewissenslose Agenten sich anzuschließen, die vielleicht im Dienste fremder Schiffahrtsgesellschaften stehen. Gezielte Überredungskünste bedarf es dabei wohl kaum, ist es doch für viele Deutsche kein leichtes Los, unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Vaterlande zu leben und einer zwar ungewissen, aber immerhin viel lichtvolleren Zukunft entgegenzusehen.